

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Alfred Bauer, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Paanitz & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1411; c. Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 861. Postzustellungsstelle 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Postung 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. Beim Abholer vom Verlag und den Abnehmern hierorts jährlich 17.00 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Buchhändlern vierteljährlich 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. ohne Postung. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühren: die Spaltenweise 1.00 Mk., im Restamtlich 2.50 Mk., Vereinsabende 2.00 Mk. — Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postkontonummer: Nr. 5253 Berlin.

Nr. 282.

Magdeburg, Donnerstag den 2. Dezember 1920.

31. Jahrgang.

Eine Milliarde für die Hohenzollern.

Nachnahme der preussischen Verfassung.

Am Dienstag gab es auch in der Preussischen Landesversammlung, die solche Szenen eigentlich nicht gewohnt ist, wilde Erregung. Auf der Tagesordnung stand der Rest der dritten Lesung und die namentliche Schlussabstimmung über die preussische Verfassung, womit der sozialdemokratische Antrag auf Überweisung des Hohenzollernvermögens ohne Entschädigung an den preussischen Staat verbunden war. Genosse Heilmann begründete den Antrag. Selbst der schärfste konservative Kritiker könnte, wenn er der Wahrheit die Ehre gibt, nicht behaupten, daß die Ausführungen Heilmanns über das sachlich Gebotene irgendwie hinausgingen oder die Gefühle anhänglicher Monarchisten kränken mußten. Heilmann wies völlig überzeugend nach, wie ganz unmöglich und unhaltbar der jetzige Vergleich mit der Krone nicht nur in politischer, sondern auch in rein juristischer Beziehung ist. Es lag für niemand ein Anlaß vor, diesen Ausführungen irgendwelche demagogischen oder agitatorischen Absichten zu unterstellen.

Wer die Rechte fühlte wohl, daß ihr ein Agitationsstoff nach dem andern in dieser kläglichen Hohenzollernangelegenheit entgegensteht, und schied deshalb, um das verlorene Prestige zurückzugewinnen, einen ihrer schärfsten und aufreizendsten Redner vor. Der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Kaufmann wußte schon nach wenigen Worten mit seiner glatte und unverkennbaren Art und Weise die Linke dermaßen zu reizen, daß es zu unerhörten Äußerungen kam, die an sich nichts weniger als billigen Wert genaugenommen werden müssen. Als er sich einen ganz fruchtlosen Angriff auf den Finanzminister Lüdemann erlaubte, war die Erregung nicht mehr zu zügeln. Sozialdemokraten aller drei Gruppen brüllten die weiteren Ausführungen des Redners mit unaufhörlichen Schlußrufen nieder. Ein Linksunabhängiger begann mit Papier zu werfen. Der nachfolgende Vizepräsident Dr. Frenkel fand es unmöglich, dem Redner weiter das Wort zu verschaffen und er mußte nach minutenlangen vergeblichen Versuchen die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbrechen. Nach der Wiedereröffnung knarrte Herr Kaufmann noch ein paar mißtönende Worte in den Saal und dann nahm ruhig und etwas lehrhaft der demokratische Abgeordnete Dominicus das Wort. Er wie alle andern bürgerlichen Redner bebte voll Angst vor dem Radikalismus des sozialdemokratischen Antrags zurück. Der demokratische Mut ließ die beiden andern Koalitionsparteien in dieser Angelegenheit offenbar völlig im Stich. Zum Schluß der Debatte gab es noch eine kleine persönliche Auseinandersetzung zwischen dem Genossen Heilmann und Herrn Fergt von den Deutschnationalen, die für Herrn Fergt nicht gerade rühmlich endete. Dann folgte eine lange Erklärung der Deutschen Volkspartei, die sich klugerweise entschlossen hat, trotz ihrer monarchischen Ideale der Verfassung zuzustimmen.

Die Linksunabhängigen und in merkwürdiger Kampfgemeinschaft die paar Deutschhannoveraner lehnten mit der äußersten Rechte ab. Die Schlussabstimmung brachte trotzdem die vorausgesehene Annahme. Preußen hat also eine Verfassung, und der Präsident gibt ihr seine Segenswünsche auf den Weg. Auch das Kirchenaustrittsgesetz wird angenommen. Damit hat die Preussische Landesversammlung den Schlußstein unter ihr Hauptwerk gesetzt.

Der Verlauf der Sitzung.

Auf der Tagesordnung der Preussischen Landesversammlung stand am Dienstag die Fortsetzung der dritten Beratung des Verfassungsentwurfs, beginnend mit einem sozialdemokratischen Antrag zur Abfindung der Hohenzollern.

Abg. Heilmann (Soz.):

Wir haben die Frage des Vergleichs mit den Hohenzollern niemals als eine rein juristische betrachtet, sondern sie, wie Bismarck sagte, nicht mit den Augen des Kreisrichters angesehen. Sie ist ja auch eine hochpolitische Frage, die von der größten inner- und außenpolitischen Tragweite ist. Französische Presseäußerungen beweisen ausdrücklich, daß man Deutschland keine Erleichterung gewähren wolle, da sie von ihm doch nur benutzt würde, um den Hohenzollern

viele Hunderte von Millionen

auszuzahlen. (Hört, hört!) Wir Sozialdemokraten geben den Siegern nicht das Recht, in dieser Frage mit zu entscheiden, aber sie nehmen es sich so, daß alle Deutschen sich darüber klar sein müssen, daß für jede Million, die wir den Hohenzollern zahlen, das deutsche Volk eine Milliarde mehr Kriegsentwöhnung zu zahlen hat. (Sehr richtig!) Und Widerspruch rechts. Wir haben im Rechtsausschuß deshalb angeregt, vor Beratschlagung des Vergleichs zuerst den Minister des Außeren zu hören. Der bürgerliche Blod hat dies abgelehnt. (Hört, hört!) Als dann aber über die genaue Höhe des Hohenzollern-

vermögens Auskunft verlangt wurde, lehnte dies der Berichterstatter „aus außenpolitischen Gründen“ ab. (Hört, hört!) Als ferner dann die zahlreichen außerordentlichen Beschlüsse dem Kaiser zugesprochen wurden und wir die Frage der Entschädigung bei eventueller Beschlagnahme durch die Entente aufwarfen, ward uns die Antwort, daß dann das Reich die Hohenzollern zu entschädigen habe. (Hört, hört!) Ueber unsern Antrag, eine solche Entschädigungspflicht auf keinen Fall anzuerkennen, hat der Rechtsausschuß bis heute noch nicht entschieden. (Hört, hört!) Wenn wir die Revision des Versailler Friedens fordern, dann erleichtern wir sie um so mehr, je deutlicher wir von der alten Zeit abrücken und je weniger wir mit den Hohenzollern sympathisieren. (Sehr richtig! links.)

Nicht weniger wichtig sind die innerpolitischen Gründe. Hier ein klares Bekenntnis zur Republik abzulegen, wäre um so notwendiger, als die Zentrumspartei dies noch nicht in klarer Weise getan hat und auch die Demokraten eine auffallende Hohenzollernliebe bekunden. (Hört, hört!) Wir denken nicht daran, die Frage kleinlich oder gehässig zu behandeln. (Widerspruch rechts.) Wir wollen

den Hohenzollern nicht betteln, sondern ihnen sogar einen durchaus angemessenen Lebensunterhalt gewährleisten, obwohl wir genau wissen, daß unendlich viel schwerer getroffene Opfer diesen Unterhalt in unserm Staat nicht bekommen. So besonders die Aemter der Armeen, die Schwerkrriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen. (Sehr gut! links.)

Wie hat Bismarck in analogen Fällen des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen gehandelt? Er hat sich vor dem Norddeutschen Bund sehr geringschätzig ausgesprochen über die sittliche Entartung, die wegen der Veräußerung dieser Fürsten entstanden war, und er hat bei der damaligen Reichsversammlung Zustimmung gefunden. Er hat betont, daß ein Minister den Staat gegen jede Gefahr schützen müsse, sei sie auch so klein und fern wie die welfische. Die jetzige Gefahr ist weder klein noch fern. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Die Hohenzollern, außer dem Kaiser und dem Kronprinzen, haben nicht auf den Thron verzichtet, sie spielen bewußt die Rolle von Präbendaten. Für diese Propaganda können wir keine Staatsgelder hergeben. (Sehr richtig! links.) Aber wir treiben dennoch keine Bismarck'sche Gewaltpolitik. Ich werde beweisen, daß unser Antrag in der juristischen Sache ebenso zwingend begründet ist wie in der politischen. Selbst wenn die erste Voraussetzung für jeden Vergleich, der öffentliche Thronverzicht aller Hohenzollern, gegeben wäre, so wäre die Auszahlung doch nicht angängig, solange große Parteien eine so

wilde monarchistische Propaganda

treiben. Daß wir Wilhelm 2. politisch nichts schulden, beweist eine Stimme, die unter unzähligen andern auch für die Rechte Gewicht haben dürfte: die Stimme des Führers v. Nordhoff. Wenn Sie es aber durchaus wollen, dann kann ich ja von Wilhelm 2. Politik sprechen, von dem Chinatageden, den Briefen und Heben und all dem Unsäglich, was die Persönlichkeit dieses Mannes im Gefolge hatte. Es gibt zweierlei Schuld: die des bösen Willens und die der Unfähigkeit. Von der ersten sprechen wir nicht, aber an der Unfähigkeit der alten Regierung zweifelt im ganzen Hause kein Mensch.

Zu demselben Ergebnis wie politisch kommen wir im Rechtsausschuß auch juristisch, daß wir nämlich

den Hohenzollern nichts schulden.

Früher ist ja diese Frage sehr heftig behandelt worden, sowohl von meinen Parteifreunden Heine und Südekum wie von den Unabhängigen Simon und Rosenfeld. Ein Antrag Rosenfeld hat ja schon, daß die juristische Seite der Frage in den Vordergrund gestellt wurde. Rosenfeld und Heine haben auch dem Kronprinzen rechtserträglich das Leben des als Reichseigentum überlassen. Wir haben bei Beginn des Rechtsausschusses die Rechtslage gar nicht gekannt. Erst die uns vom Finanzministerium überlassenen Akten haben uns darüber aufgeklärt. Die Gutachten der Justizrat Seelmann, Ministerialdirektor Kübler und Assessor Wilhelm waren falsch. Aber der Vergleich wäre, selbst wenn die Rechtsbasis richtig wäre, demnach in allen Einzelheiten eine Angelegenheit. Das beweisen einzelne Fälle, wie Schloss Sacrow, das ein Staatsgut darstellt, das in durchaus rechtsungültiger Weise an die Krone verpfändet wurde. Das Akademikerhotel war unfreiwillig Domänenbesitz, jetzt aber sollen diese Grundstücke an die Hohenzollern ausgeliefert werden. Ähnlich liegt es bei einer ganzen Reihe anderer Grundstücke, die teilweise ohne Prüfung der Rechtsverhältnisse den Hohenzollern zugesprochen wurden. Was bedeutet denn dieser Vergleich in finanzieller Beziehung für den preussischen Staat? Ich bin fest davon überzeugt, daß

das Vermögen mit einer Milliarde Mark viel zu niedrig

eingeschätzt ist. (Hört, hört!) Das geht schon daraus hervor, daß das Jahreseinkommen des Kaisers in Holland auf 83 Millionen Mark geschätzt worden ist. Das jetzige Jahreseinkommen des Kaisers ist also wesentlich höher als das, als er noch König von Preußen und deutscher Kaiser war. (Hört, hört! links. Unruhe rechts.)

Wie ist es aber nun nach dem Vergleich um den Staat bestellt? Der preussische Staat hat in Zukunft zu leisten: für Sonderverwaltungen 3 Millionen Jahreszuschuß, für die Verwaltung der an den Staat fallenden Objekte 12 1/2 Millionen Jahreszuschuß, für die Theater 16 bis 18 Millionen, für Pensionen und Wardegeber der Hofbeamten 17,2 Millionen Jahreszuschuß. Wörtlich sagt das Finanzministerium: Hiernach ergibt sich, daß gegenwärtig der Gesamtbetrag derjenigen Lasten, welche nach dem Vergleich dem Staat zufallen, 46 bis 48 Millionen jährlich beträgt. (Hört, hört! links.) Daß das

dem Charakter der Republik entspricht, wird wohl kein vernünftiger Mensch behaupten. Diesen Ausgaben stehen keinerlei Einnahmen gegenüber.

Bezeichnend für den Geist, der die Väter des Vergleichs geleitet hat, ist § 8. Danach soll das königliche Haus für die in seinem Besitz verbleibenden künstlerischen Gegenstände eine pflichtige Behandlung zusichern, dem Staate dagegen wird das Recht für die ihm übergebenen Kunstgegenstände in Form einer Verpfändung auferlegt. Lehnen Sie diesen Antrag ab, wird nicht der Staat, sondern die Privatpersonen müssen sich verpflichten. Auch die Kronrente, die vom Anwalt der Hohenzollern für seine Klienten beansprucht wird, ist ein Recht des Staates. Bereits vor dem Krieg ist das durch die Gutachten des Justizministeriums festgelegt.

So geht aus allen Akten unabweislich hervor, daß den Hohenzollern Entschädigungsansprüche nicht zukommen.

Unverändert wollen ja auch die Demokraten und das Zentrum den Vergleich nicht mehr aufrechterhalten. Durch unsere sachliche Arbeit sind alle Parteien zu der Anerkennung gezwungen worden, daß dieser Vergleich hinjällig ist. Er wird nie Tatsache werden. Aber der neue Vergleich muß auf ganz andern Grundlagen errichtet werden, wofür Professor Schüding das Material geliefert hat. Es muß, wie beim heftigen Staatsbankrott, das vorhandene Vermögen eingeteilt werden, erstens in Staatseigentum, zweitens in Kronfideikommissrente und Kronfideikommisskapitaliensfonds, die mit dem Staat untrennbar verbunden sind, und drittens in das Privateigentum des Königs. Es läßt sich historisch nachweisen, daß die Kronfideikommissrenten mit einer Menge von Grundstücken dem Staate gehören, daß sie zur Erhaltung des Königshauses nur dienen, solange es eben das Königshaus war. Von einem Millionenermögen der Hohenzollern kann nicht die Rede sein, wenn man ihnen nämlich nur das gibt, was ihnen gehört. Lehnen Sie unsern Antrag ab, wird der Rechtsweg bis zu Ende beschritten, dann kommt für die Hohenzollern so wenig heraus, daß sie nicht davon leben können.

Neben Sie (zur Rechten) nicht an der Vergangenheit, nicht an dem Vermögen der Hohenzollern! Das alte Heer ist dahin. (Große Unruhe rechts, anhaltende Zurufe des Abg. v. Nordhoff (St. Sp.)) Wir haben dem alten Heere doch wohl alle angehört! Herr v. Nordhoff hat Ihnen doch gesagt, daß die Kraft des alten Heeres überdauert worden ist! Sie werden wohl ausgeben müssen, daß der Rückzug an der Marne, der Sturm auf Verdun und die Offensive 1918 selbst das stärkste Heer zugrunde richten mußten. (Stürmische Zustimmung bei den Soz.) Auch die alte Verwaltung ist dahin. Die neue preussische Verwaltung wird ohne den Willen der Regierten nicht auf festem Grunde stehen. (Lebhafte Beifall links.) Auch die Justizpflege muß auf eine andre Grundlage gestellt werden. Sie darf

nicht länger die Dirne der Reaktion

sein. (Große Lärm rechts, Pfuirufe, Gegendemonstration der Linken, minutenlanges Lärm.) Es gibt keinen Weg zurück! Es gibt nur einen Weg vorwärts und für unser Volk wieder aufwärts! (Lang anhaltender Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Kaufmann (dt.-natl.):

Dem Antrag widersprechen wir aus schärfster. Die bodenlose Verunglimpfung, die Heilmann vorbrachte (anhaltender Lärm links), weisen wir als unter unserer Würde (erneuter Lärm links, Widerspruch links.) Wir haben nur Empörung für den Antrag, der gegen jedes Recht und gegen jede Gerechtigkeit spricht (großer Lärm links) und der dem Schutze des Privateigentums ins Gesicht schlägt. Wir sind nicht Anhänger des Wortes, daß Eigentum Diebstahl sei. (Zuruf links: Wir auf nicht! Adolf Hoffmann ruft: Hier ist es so!) Alle nichtsozialistischen Mitglieder des Ausschusses werden mir darin zustimmen, daß es kläglich war, mitanzusehen, wie unerhört Herr Lüdemann im Rechtsausschuß mit seinen jungen Leuten ...

Bei diesen Worten steht ein

tosender Lärm auf der Linken

ein. Schlußrufe ertönen. Der Präsident läutet andauernd mit der Glocke, vernag aber nicht durchzubringen. Als der Redner versucht, weiterzusprechen, nimmt der Lärm in mehrerlei zu, Abgeordnete der Rechten versuchen, den Redner zum Verlassen der Tribüne zu veranlassen. Von der äußersten Linken wird mit Papierkugeln geworfen.

Der Lärm legt sich erst etwas, als das Wort des Vizepräsidenten Frenkel durchdringt, daß die Sitzung unterbrochen sei.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt

Vizepräsident Dr. Frenkel:

Die Äußerungen des Abg. Kaufmann waren wenig geschmackvoll, aber eine Beleidigung des Finanzministers haben sie nicht enthalten. Ich habe gesehen, wie ein Abgeordneter von der äußersten Linken einen Papierballen nach dem Redner geworfen hat. Mir ist gesagt worden, es sei der Abg. Kilian gewesen. Ich frage den Abg. Kilian, ob das zutrifft?

Abg. Kilian (Unabh. Soz. links): Nein.

Vizepräsident Frenkel: Dann kann ich also keinen Ordnungsruf erteilen.

Abg. Adolf Hoffmann (Unabh. Soz. links) zur Geschäftsordnung: Ich beantrage, den Papierballen dem Hohenzollernmuseum zu überweisen. (Stürmische Heiterkeit links. Anhaltende Pfuirufe rechts.)

Vizepräsident Dr. Frenkel: Wir fahren in der sachlichen Beratung fort.

Abg. Dr. Kaufmann (dt.-natl.): Das Hohenzollernhaus steht viel zu hoch, als daß man es gegen diese Angriffe in Schutz

nehmen müßte. Der Verlauf der Verhandlung hat uns bewiesen, wie recht wir mit unserer politischen Ueberzeugung haben. (Anrufo links.)

Abg. Dominikus (Dem.)

berurteilt die Lärmorgane. Das heutige Verhalten der sozialdemokratischen Parteien erscheint uns als offensichtlicher Widerspruch zwischen den Agitationsbedürfnissen der sozialdemokratischen Partei einerseits (lärmender Widerspruch links) und den beratungswürdigen Maßnahmen ihrer führenden Männer andererseits. Die Entziehung von Eigentum ohne Entschädigung verletzt unsere Grundrechte. Dies gilt auch von dem vorgeschlagenen Wege der Ausnahmebeschaffung. Wir stimmen deshalb gegen den Antrag. Einer Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf über die Vermögensauseinandersetzung mit der Krone wird dadurch nicht vorgegriffen.

Abg. Oppenhoff (Ztr.):

Wir lehnen es ab, die Auseinandersetzungsfrage bei der Verfassung zu behandeln, mit der sie nichts zu tun hat.

Abg. Adolf Hoffmann (Unabh. Soz. links):

(Die Rechte flüchtet.) Das Eigentum, das Sie (nach rechts) schätzen wollen, ist doch nur geraubt und zusammengeholet. Mit dem Raubritter hat es begonnen und mit Wilhelm dem Rechten hat es geendet. Die Millionen der Hohenzollern

sollten für die hungernden Kinder verwendet

werden. Wir hätten bei der Revolution alles beschlagnahmt haben sollen, wie ich es im Kabinett beantragt hatte. Eine neue Revolution wird hoffentlich mit all diesen Rechten aufstehen. Wir werden nur den ersten Teil des Antrags Hauschild annehmen, den zweiten Teil aber ablehnen, denn wir wollen überhaupt keinen Vergleich. Ein Parlament, das auf sich selbst baut, darf keinen Pfennig dafür bewilligen. (Sehr richtig! aus der äußersten Linken.)

Abg. Dr. v. Richter (Dt. Vp.):

Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag einstimmig ab.

Abg. Ludwig (Unabh. Soz. rechts)

begründet einen Antrag, daß über die Gewährung einer Unterstützung an unterhaltungsbedürftige Hohenzollern nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze entschieden werden soll. Die Revolution von 1918 ist viel zu human gewesen, sonst hätte es heute nicht vorzukommen können, daß sich die Herren von rechts so herausfordernd benehmen. (Zustimmung links.) Wir würden uns am Volke vergreifen, wenn wir der Familie Hohenzollern mehr geben würden als jedem andern Staatsbürger. (Zustimmung links.)

Abg. Heilmann (Soz.):

Dem Antrag Ludwig kann ich nicht zustimmen, verleihe ihn einfach nicht. Vergessen Sie (zu den Unabhängigen) doch nicht die taktische Seite. Wir müssen unbedingt die Mehrheit erlangen und den jetzigen Vergleich werfen. Als Resultat stelle ich fest: Der

Vergleich vom 22. Januar hat den Todesstoß

erhalten und wird einem sachlich besser begründeten Platz machen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Fergt (Dt.-natl.) bestreitet in einer persönlichen Bemerkung die Behauptung Heilmanns, daß er als Generalreferent des Justizministeriums im Jahre 1910 ein Gutachten unterschrieben habe, durch welches außer einigen Schlössern auch die Kronrenten als Staatsvermögen erklärt wird.

Abg. Heilmann (Soz.) hält seine Behauptungen aufrecht. Die Besprechung wird geschlossen.

Abg. Leidig (Dt. Vp.) erklärt im Namen seiner Fraktion, daß sie grundsätzlich am monarchistischen Standpunkt festhalte, daß sie aber trotzdem für die Verfassung stimmen werde.

Abg. Adolf Hoffmann (Unabh. Soz. links) und Abg. von Dannerberg (Dt.-Hannob.) erklären, daß ihre Fraktionen die Verfassung ablehnen.

Die Anträge Hauschild und Ludwig auf Enteignung der Hohenzollern werden abgelehnt, ein sozialdemokratischer Eventualantrag, der die Staatsregierung ersucht, die Anträge vom 22. Januar 1920 zurückzuziehen und in neue Verhandlungen mit den Hohenzollern einzutreten, wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Danach wird in namentlicher Abstimmung der preussische Verfassungsentwurf mit 280 gegen 80 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.

Die namentliche Schlußabstimmung über das Kirchenaustrittsgesetz ergibt die Annahme des Gesetzes mit 196 gegen 187 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Er plaudert aus der Schule.

Der Agrarierführer Junker Oldenburg-Zanuschau, den unsere Leser als konservativen Wannertäger kennen, hat auf einer Bezirksversammlung des Bundes der Landwirte in Ostpreußen über die Ziele der deutschen Reaktion einiges offenbart. Er geht wie seine Klassen-genossen aufs Ganze:

Mit Bethmann-Hollweg habe ich bereits vor 45 Jahren als Leutnant vor meinem Zuge gestanden und dabei gesehen, daß er nicht operativereiten konnte. Prinz Max von Baden und Scheidemann haben den Kaiser verraten. Jedes Kriegsgewinn der Welt hätte sie auf den Sandhaufen gestellt. Ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie ist eine Lüge. Demokraten und Nationalliberale werden sich dabei in die Finger schneiden. Der Bund der Landwirte will keinen Rechtsputz und keinen Linksputz; wir wollen aber auch nicht auf uns herumtrampeln lassen. In schlimmsten Falle werden wir streiken. Die framme Organisation der Ostpreußen ist für Ostpreußen eine Notwendigkeit, namentlich wenn der Kampf zwischen Rußland und Polen wieder entbrennt. Was Einheit bewirkt, steht man in Bayern. Hinter der Organisation Escherich stehen zweihunderttausend Mann, und die Entente kann nichts dagegen tun. Auf parlamentarischem Wege kommen wir nicht zur Ordnung. Wir müssen einen Diktator haben.

Dieser Diktator soll dann die ganze Steuergesetzgebung schleunigst beseitigen. Sie paßt den Agrariern nicht, denn sie will Geld auch von den Besitzenden haben. Mit dem Diktator, mit der Monarchie soll die alte Uebung zurückkehren, daß die Arbeitenden und Besitzlosen die Lasten zu tragen haben.

Ein richtiger Agrarier verwirft jeden Streik der Arbeiter. Er ist aber wie Oldenburg sofort bereit, selbst zu streiken, wenn er Nutzen davon erwarten darf. Oldenburg droht erst mit diesem Streik; an andern Orten wird er ohne Streitanfrage aus wucherischen Gründen schon durchgeführt. Wie dem „B. L.“ gemeldet wird, haben die Agrarier des Kreises Sauch-Weizig in der Provinz Brandenburg so wenig Roggen zur Brotverarbeitung abgeliefert, daß der Kreis jetzt in eine große Brotnot geraten ist. Der Landrat des Kreises, Dr. Freund, macht in den Kreisblättern bekannt, daß, da alle Ermahnungen fruchtlos geblieben sind, auf den Rittergütern und Bauernwirtschaften ein Zwangsandruck vorzunehmen ist.

Dagegen werden die Gütebesitzer sich mit ihren Ortswehren aufbäumen. Und ihre deutschnationalen Parlamentarier werden über Vergewaltigung durch die Republik klagen. Im Grunde aber haben sie das Gemeinwohl und auf ihren Parteitagen sowie in ihren Versammlungen ermahnen sie, wir müßten sein ein einzig Volk von Brüdern. Sie essen und wir hungern. Sie befehlen und wir gehorchen. Sie sammeln die Reichskammer und wir zahlen die Steuern. Sie schwingen die Meißelpeitsche und wir arbeiten mit krummem Rücken.

So soll's werden. Das muß der Diktator zuwege bringen. Und die Arbeiterschaft erleichtert ihnen die Erreichung ihrer Ziele, weil ein Teil von ihr hinter dem Schlagwort von der Diktatur herläuft. So begegnen sich Agrarier und Unabhängige in der Politik. Sie stimmen daher oft zusammen. Wie z. B. am Dienstag in der Preussischen Landesversammlung bei der Schlußabstimmung über die Verfassung.

Oldenburgs Offenheiten könnten die unabhängigen Führer befehlen, wenn sie bekehrbar wären. Darauf ist aber nicht mehr zu hoffen. Wer den Diktator erschont, ist so verbohrt wie die, die die Diktatur erstreben. Und die gesamte Arbeiterschaft hat die Kosten der unabhängigen Blindheit zu tragen.

Kronprinz a. D. und Schiebung.

Die Reichspresse veröffentlicht eine ausführliche Darstellung der Beziehungen des Kronprinzenpaars zu Gräfin u. Co., die ihr von dem Verteidiger des Kronprinzen zur Verfügung gestellt wird. Selbstverständlich kommt die Darstellung zu dem Ergebnis, daß diese Beziehungen durchaus einwandfrei gewesen seien. Im übrigen ist sie eine Wiederholung dessen, was von den Vertretern der monarchistischen Parteien im Reichstag in der Kapitalverschleppungsdebatte schon ausgeführt worden ist.

Es bleibt aufzuklären, wieso eine Bankfirma, gegen die ein Verfahren wegen Kapitalverschleppung eröffnet werden mußte, so zahlreiche Mitglieder der Hohenzollernfamilie und der hohen Aristokratie zu seinen Kunden zählen konnte, ob diese Kunden an den begangenen Unterschleifen schuldig sind, und welchen Vorteil sie aus ihnen gezogen haben.

Das ist der Zweck der Untersuchung, über deren Verlauf man sich im Reichstag zu gegebener Zeit eindringlich erkundigen wird. Die vorzeitige Freisprechung durch die reaktionäre Presse ändert daran nichts.

„Orgeß“ in Berlin.

Nach Mitteilungen des Berliner Polizeipräsidenten ist in Berlin festgestellt worden, daß dort eine frühere Zeitschrift-Organisation trotz ihrer formellen Auflösung im geheimen noch fortbesteht. Als Hauptschuldiger kommt der Hauptmann a. D. Hubert Vostelmann in Betracht, der die einzelnen Kompanien unter verschiedenen Decknamen, wie „Sportverein“, „Schwimmklub“, „Stammisch“, „Literarischer Verein“ usw. in ein sogenanntes „Notwehr-Regiment“ zusammengefaßt hat. Vostelmann hat sich der ihm drohenden polizeilichen Festnahme durch die Flucht entzogen; Fahndungsmaßnahmen sind im Gange.

Im Zusammenhang mit den vorgenannten Ermittlungen hat die Berliner Polizei Kenntnis bekommen von einer jüngst ins Leben getretenen

Escherich-Organisation.

Bei Hausdurchsuchungen fielen den Polizeibeamten die Satzungen des am 6. September 1920 gegründeten „Berliner Heimatverbandes“ in die Hände, der statutengemäß korporatives Mitglied der Organisation Escherich ist. Zu den Unterzeichnern der Satzung gehört der genannte Hauptmann Vostelmann und außerdem eine Reihe anderer ehemaliger Offiziere mit teilweise sehr bekannten Namen.

Die Mitglieder sowohl des Notwehr-Regiments als auch des Berliner Heimatverbandes werden sich demnächst vor dem Strafgericht, d. h. dem zuständigen außerordentlichen Gericht beim Reichswehrgruppenkommando 1 zu verantworten haben, und zwar wegen Teilnahme an Verbänden militärischer bzw. polizeilicher Art, die durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 unter Strafe gestellt ist.

Nach Abschluß der vorläufigen polizeilichen Ermittlungen ist die Staatsanwaltschaft mit der Weiterverfolgung der Angelegenheit befaßt worden.

Die militärische Escherich-Organisation.

Unser Kölnener Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, veröffentlicht genaues Material dafür, daß die Orgeß trotz ihrer Ablegung eine militärische Organisation ist und sich mit militärischen Dingen befaßt. Besitzt sie doch eine eigene Militärabteilung, in der die Leiter durchgehend Offiziere sind. Unser Parteiblatt ist in der Lage, die genauen Namen der Parteileiter und Organisationsoffiziere für die ganze Provinz Westfalen mitzuteilen. Außerdem besitzt die Orgeß eine „akademische Wehr“, die Nachfolgerin der Zeitfreiwilligen ist und deren Hauptbetätigung der Transport von Waffen an die heimlich geheimgelassenen Waffenlager ist. Der Reichschahmeister der „Orgeß“ ist der von der badiischen Regierung stellvertretend verfolgte General Watter.

Ebenso unwahr wie die Behauptung des unmilitärischen Charakters der „Orgeß“ ist die Behauptung ihres unpolitischen Charakters. Zum Beweis führt unser Parteiblatt ein vertrauliches Rundschreiben der Orgeß vom 5. Oktober 1920 an, in dem der Sturz der gegenwärtigen preussischen Regierung propagiert wird, weil sie „eine reine Parteiregierung sei, in der die Sozialdemokratie unumhänkt herrsche“.

Zur Regierungsbildung in Sachsen.

Die Landesbestimmungen der sächsischen Sozialdemokratie haben gemeinschaftlich mit der neuen Landtagsfraktion getagt, um über die Regierungsbildung in Sachsen zu beraten. Es wurde nach längerer Aussprache beschlossen, zwecks Bildung einer neuen Regierung mit den Rechts-Unabhängigen in Verhandlungen einzutreten.

Meine Antragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Ziegler (Westfalen, Dem.), was die Reichsregierung gegenüber Fällen von Gefinnungsgezwang einem andern Gewerbeverein angehöriger Arbeiter durch die freien Gewerkschaften zu tun gedenke, wird erwidert: Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, vor der allgemeinen Regelung des Koalitionsrechts gesetzliche Maßnahmen zu treffen, sie beschränkt aber die Erwartung, daß solche Fälle von Gefinnungsgezwang in Zukunft sich nicht wiederholen werden.

Auf Anfrage des Abg. Merkel (Unabh. Soz. rechts) über die steigende Wohnungsnot infolge Aufhebung der Zugangsverbote antwortet die Regierung, daß die Durchführung von Neubauten von der Beschaffung der erforderlichen Mittel abhängt. Sie sollen durch die Erhebung einer Abgabe gesichert werden.

Anträge auf Einleitung von Strafverfahren gegen die Abgg. Karsten (Unabh. Soz. links), Dr. Heim (Wahr. Vp.), Doktor Pfeiffer (Ztr.) und Merkel (Unabh. Soz. rechts) werden abgelehnt.

Abstimmung über die Streikverordnung.

Es folgt die zurückgestellte Abstimmung über die Anträge auf Aufhebung der Streikverordnung des Reichspräsidenten.

Der Antrag Müller (Franken, Soz.), der die Verordnung billigt, jedoch ihre nunmehrige Aufhebung fordert, wird abgelehnt; ebenso ein Zusatzantrag Fergt (Dt.-natl.) gegen die Stimmen der Antragsteller.

Der Zusatzantrag Schiffer (Dem.), Burlage (Ztr.), Reuch (Wahr. Vp.) und Stresemann (Dt. Vp.), der anschießend an den Antrag Malzahn (Unabh. Soz. links) über die sofortige Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten die Aufhebung erst mit Inkrafttreten eines obligatorischen Schlichtungsgesetzes verlangt, wird mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien angenommen. Darauf zieht Abg. Malzahn seinen Antrag zurück, den Abg. Schiffer nun von sich aus aufnimmt. (Beifall und Heiterkeit.) Da die Abstimmung über den vom Abg. Schiffer aufgenommene Antrag Malzahn zunächst zweifelhaft bleibt, ist Sammelstimmung notwendig; da die deutschnationalen jetzt dafür stimmen, wird er mit 174 bürgerlichen Stimmen gegen 149 sozialistische angenommen.

Darauf wird die Aussprache über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums

fortgesetzt.

Abg. Dr. Hugo (Dt. Vp.): Unter dem Druck des Friedensvertrags kann die deutsche Wirtschaft nicht gesund werden. Deshalb muß Regierung und Volk mit aller Energie den Kampf gegen jenen Vertrag fortsetzen. Mit den vom Reichswirtschaftsminister bezeichneten Richtlinien sind wir einverstanden. (Beifall rechts.) Mit der Verminderung des Beamtenapparats und nicht zuerst mit der unmaßig angebotenen Verordnungsflut muß Ernst gemacht werden. (Beifall.) In der Sozialisierungsfrage unterstützen wir die Haltung der Regierung, denn wir sind gegen jede Ueberlastung dieser so unendlich wichtigen und folgenschweren Angelegenheit. Die Forderung auf Kommunalisierung des Lebensmittelhandels lehnen wir rundweg ab, denn sie ist eine Parteifrage. (Zuruf Hoch (Soz.): Für Sie eine Profitfrage!) Bei dem Mangel an Verantwortlichkeitsbewußtsein, wie er sich im Berliner Elektrizitätsstreik gezeigt hat, würde der städtische Betrieb der Lebensmittelversorgung ungeheure Gefahren bedeuten. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Wir verlangen positive erfolgreiche Arbeit und glauben, daß die Vorschläge der Regierung zur Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft beitragen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Finkel (Unabh. Soz. rechts): Das Programm des Ministers der Wiederaufbaupartei steht in merkwürdigem Gegensatz zu den Versprechungen dieser Partei im Wahlkampf. (Sehr richtig!) Positive Gedanken haben fast vollkommen gefehlt. Was jenseit wirklich noch in seinen Ausführungen war, waren die Pläne des Herrn Sinnes, so die autonomen Wirtschaftsgebiete, der Arbeitsdienstjahr und andre. Gegenüber der Sabotage des Kapitalismus und der ersten Bemerkung des Bodens durch den Großgrundbesitz sind ganz andre Maßnahmen notwendig. Gegen den Plan des Arbeitsdienstjahres werden wir aufschärfte Stellung nehmen. (Beifall links.) Es wäre nur eine Neubelebung der Sklaverei des Kasernendienstes, den wir glücklicherweise losgeworden sind. (Unruhe rechts.) Die fürchterlichen elenden Zustände in unserem Volke, ganz besonders das entsetzliche Kinderelend, kommt

auf das Haupt des Kapitalismus, der auch jene letzten schwachen Schranken, die die Zwangswirtschaft noch aufgerichtet hatte, aus Gewinnsucht niederriß. (Sehr richtig!) Das Prinzip der Regierung besteht allem gegenüber einfach im Fortwärteln. (Sehr richtig!) Gegen das Ueberhandnehmen der unerhörten Dividendenpolitik muß die Regierung Mittel und Wege finden. Für eine Besserung des Staatshaushalts ist Voraussetzung Besserung der Valuta. Wir werden stets gegen die Sozialisierungspläne derer um Sinnes kämpfen, denn dort ist das Wort Sozialisierung nur zur Färbung der deutschen Arbeiter gebraucht. Dabei müssen wir ganz genau, daß die sofortige Sozialisierung der gesamten deutschen Industrie unmöglich ist. Keine Hoffnung der Bürgerlichen, daß die Spaltung der Arbeiterklasse den Aufstieg zur politischen Macht hemmen wird, hat Bestand, denn die Arbeiterschaft wird einig werden und wird siegen. (Beifall.)

Abg. Reinath (Dem.): Wir haben den Verbrennungszusammenbruch unseres Volkes noch nicht überwunden. Vor Aufhebung der Bedrohung des deutschen Kaufmanns im Ausland ist an eine Gesundung unserer Handelsbilanz nicht zu denken. (Sehr richtig!) Notwendig ist vor allem die Beseitigung der Erzeugnisse, ferner die Verringerung der Zwischenkosten unserer Wirtschaft und die Verbesserung der Verkehrsbedingungen. (Sehr gut!) Die Sozialisierung ist abzuheulen, denn sie wird keine Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Förderung zur Folge haben. Für uns ist bei der Entscheidung dieser Frage einzig und allein die Steigerung der Produktion maßgebend. (Sehr gut! b. d. Dem.) Angesichts der einseitigen Zusammenfassung der Sozialisierungskommission können ihre Ergebnisse unmöglich bindende Kraft für das ganze Volk haben. Für weitere Kommunalisierung sind wir nicht zu haben, denn wir sind von der Wichtigkeit des nützlichen Mittelstandes zu sehr überzeugt, um ihn vernichten zu wollen. Die Ausfuhrkontrolle ebenso wie die Beschränkung der Einfuhr ist ein wesentliches Hindernis für günstige Handelsverträge. (Sehr richtig! b. d. Dem.) Wir fordern freien Devisenterminhandels und die Aufhebung der Remobilisationsverordnung. (Lebhafte Zustimmung.) Der Minister muß die natürlichen Kräfte der Wirtschaft wecken, dann werden wir wieder hochkommen. (Beifall.)

Reichswirtschaftsminister Scholz: Mit den Herren Doktor Hugo und Reinath sehe ich mich in der Befreiung der Wirtschaft von allem Zwange das Ideal. (Beifall.) Um jedoch eine Schädigung der Verbraucherinteressen hintanzuhalten, darf diese Befreiung nicht plötzlich eintreten. Am 2. Dezember wird in meinem Ministerium eine Sachverständigenberatung mit dem Ziel der Wiedereinführung des Devisenterminhandels stattfinden. Die Regierung ist bestrebt, den Mittelstand, das Handwerk und Gewerbe mit allen Kräften zu unterstützen und ich bin gern bereit, bei meinem Ministerium einen Handwerkerbeirat einzuführen. Als Ersatz der abgelaufenen Sozialisierungskommission kann vielleicht ein Ausschuß des Reichswirtschaftsrats geschaffen werden.

Abg. Zaud (Wahr. Vp.) fordert in längeren Ausführungen eine stärkere Förderung des Handwerks und Gewerbes. (Beifall.) Mittwochs 1 Uhr: Pensionsergänzungsgesetz, Kleine Vorlagen, Weiterberatung. — Schluß 7 Uhr.

Der Bankrott der freien Wirtschaft.

Ein von den Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschhannoverschen Partei, der Demokratischen Partei, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes unterzeichnete Aufruf fordert die Landwirte auf, sich dafür einzusetzen, daß der Rest der Zwangswirtschaft ordnungsgemäß durchgeführt wird, um so die Möglichkeit einer völligen Aufhebung in absehbarer Zeit zu sichern. Entsprechend wurden die Landwirte ersucht, der gesetzlichen Ablieferungspflicht zu genügen, andererseits wird aber die Reichsregierung aufgefordert, die Landwirte gegen Neuzugänge zu schützen, die sie verfahren oder durch Drohungen zu nötigen suchen, die noch bestehenden Verordnungen zu umgehen. Außerdem haben die im Reichstag tagenden landwirtschaftlichen Organisationen den Beschluß gefaßt, den landwirtschaftlichen Erzeugern durch eine Auffklärung die schweren Gefahren vor Augen zu führen, die durch die mangelhafte Getreideablieferung das gesamte Wirtschaftsleben bedrohen. Zu dieser Aufklärungsarbeit, die in Versammlungen unter Heranziehung der Lehrerschaft und Geistlichkeit erfolgen soll, erklärten sich die Verfassungen im Namen der von ihnen vertretenen Körperschaften und Verbände bereit.

Es sind also dieselben Parteien und Kreise, die mit dem Heißruf von der Beseitigung der Zwangswirtschaft für das Volk bessere Ernährungsverhältnisse schaffen wollten. Große Teile der werktätigen Bevölkerung sind auf diesen Schwindel der Kaufpartei herein gefallen. Sie haben die Warnungen der Sozialdemokratischen Partei gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft in den Wind geschlagen und sind bei den Wahlen den „Volks“parteiern gefolgt, werden aber wohl jetzt bei den unheimlichen Preissteigerungen für Lebensmittel eingeschlagen haben, daß die Wahlversprechungen aller bürgerlichen Parteien, durch Aufhebung der Zwangswirtschaft eine Verbilligung der Preise und eine Verbesserung der Ernährungsverhältnisse zu erzielen, sich als falsch erwiesen haben. Der Bankrott der bürgerlichen Parteien in der Ernährungsfrage ist so vollständig, daß diese Parteien, die gewiß genug auf die Zwangswirtschaft schimpfen konnten, jetzt den Rest der Zwangswirtschaft mit allen Mitteln aufrechterhalten wollen. Sollte es selbst in diesen kapitalistischen Kreisen dämmern, daß die Sozialdemokratische Partei mit ihrem Kampfe gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Volksinteresse gehandelt hat?

Helfen wird der Aufruf der bürgerlichen kapitalistischen Parteien nichts. Ihre Freunde, die Agrarier, lehnen sich nicht an solche Mahnrufe, sie sind nur auf ihren Profit bedacht, ob das Volk hungert, kümmert sie wenig, sie leiden ja keine Not. Bei den kommenden Präsidentschaftswahlen hat das werktätige Volk in Stadt und Land nun Gelegenheit, den Bürgerlichen die Duntung für ihre Sabotierung der Ernährung durch Aufhebung der Zwangswirtschaft zu geben.

Der neue Prinz-Prozess.

Der 21jährige Hans Seidel, der dem sogenannten Regiment Reichstag angehört hatte, befindet in der Sitzung am Freitag, daß es seinerzeit im Reichstag allgemein hieß, es seien für die Ermordung Liebknechts und der Luxemburg 100 000 Mark Belohnung ausgesetzt. Einen schriftlichen Befehl habe er nicht gegeben.

Der Zeuge Sudow hat, wie er bekundet, seinerzeit den Auftrag gehabt, Ledebour und Dr. Meyer zu verhaften. Der damalige Kommandant, Leutnant Fischer, habe ihn besonders darauf hingewiesen, er soll aufpassen, daß den beiden nichts passiere, wenn er sie in dem Moabitler Untersuchungsgefängnis ablieferere. Zeuge bekundet auf Befragen des Vorsitzenden weiter, daß ihm von irgendeinem Befehl, Liebknecht, die Luxemburg oder Ledebour beiseitezuschaffen, nichts bekannt sei. Er habe auch nie gehört, daß irgendwelche Gelder für eine Ermordung vorhanden, ausgesetzt oder ausbezahlt worden waren. Irigendwelche Belohnungen für besondere Taten wurden vorher nicht ausgesetzt, dagegen sind verschiedentlich nachträglich Belohnungszuschüsse bei besonderen Leistungen bewilligt worden. Diese Belohnungen erreichten aber keinesfalls die Höhe von 100 000 Mark, es habe sich höchstens um einige hundert Mark gehandelt. Auf Befragen des R. M. Nibel erklärt Zeuge, daß Krämern auf die Verhaftung der genannten Führer nicht ausgesetzt gewesen seien. Die Leute hätten außerdem Anweisung, jeden Verhafteten sofort der Staatsanwaltschaft vorzuführen, welche dann Haftbefehl zu erlassen hätte. Als Liebknecht und die Luxemburg getötet waren, waren

Fischer und Mollenbühr sehr entsetzt und äußerten, daß dies der Sozialdemokratischen Partei sehr schaden werde. Auf weitere Fragen erklärt Zeuge, er habe Thzja für einen völlig verworrenen Menschen gehalten, der allerlei phantastische Erzählungen aufbrachte, die sich dann bei einer Nachprüfung als völlig unrichtig erwiesen. Zeuge Brutus Mollenbühr war seinerzeit bei der Nachrichtenstelle tätig gewesen. Ein Mordbefehl ist weder mündlich noch schriftlich bekannt gewesen, außer einem Fonds, den Fischer verwaltete und der zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dienen sollte, seien sonstige Mittel bei der Nachrichtenstelle bzw. der Regierung nicht vorhanden. — Staatsanwaltschaftsrat Kahner: Hat Ihnen denn das Treiben von Liebknecht Spaß gemacht? — Zeuge Mollenbühr: Natürlich nicht. Aber Liebknecht blieb mehr im Hintergrund. Es war damals ganz allgemein die Anweisung gegeben worden, die Drahtzieher bei der ganzen Störung der öffentlichen Ordnung zu verhaften und dem Staatsanwalt zu übergeben. Die Untergebenen konnten auch gar nicht der Meinung sein, daß sie, falls sie Liebknecht ermorden würden, eine Belohnung erhalten würden. — Staatsanwaltschaftsrat Kahner: Thzja hat behauptet, er habe den schriftlichen Mordbefehl von Ihnen, Fischer und einem anderen Herrn erhalten. — Zeuge: Ich habe nie einen solchen Befehl gegeben oder gesehen. Thzja ist ja schon einmal für verrückt erklärt worden.

An den Zeugen Mollenbühr werden von Prinz und seinen Verteidigern eine ganze Reihe von Fragen gerichtet, unter andern, ob er Georg Ellarz kenne. Der Zeuge bekennt dies und erklärt, daß er von den Gebrütern Ellarz nur das wisse, was er in den Zeitungen über sie gelesen habe. Zeuge Felten er bekundet, daß Thzja schon seinerzeit als Schwindler entlarvt worden sei, als er sich allerlei Verbrechen bei der Festnahme von Müssen schuldig gemacht habe. Er, Zeuge, sei seinerzeit Kommandanturrat gewesen. Schon damals sei ihm etwas von einem angeblichen Mordbefehl zu Ohren gekommen. Er habe Scheidemann danach gefragt und dieser habe ihm gesagt: „Das ist ja Unsinn!“ Er habe in Thzja den Urheber dieses Gerüchtes vermutet und deshalb wurde seinerzeit der Versuch gemacht, des Thzja habhaft zu werden. Soweit er, Zeuge, den Thzja beurteilen könne, traue er ihm zu, daß er solche Urkunden fälschlich anfertige. Als Thzja einmal festgenommen wurde, fand man bei ihm eine ganze Anzahl von Blankounterzeichnungen. Welche Namen sich auf diesen Blankounterzeichnungen befanden, kann Zeuge nicht mehr sagen; damalige Volkshauptkredite seien nicht darunter gewesen.

J. M. Dr. Werthauer zu Frau Vater: Hat Prinz Ihnen erzählt, er sei bei Scheidemann gewesen und habe ihm ordentlich seine Meinung gesagt? — Zeugin: Jawohl. Prinz sagte, er habe dem Herr ein gutes Kräftel gegeben, er solle sagen, „der Herr vom Rhein“ sei da. Er sei darauf vorgelassen worden und habe Scheidemann gehörig seine Meinung gesagt. J. M. Dr. Werthauer stellt durch Befragen der Zeugin fest, daß Prinz mit ihrer unter recht eigenartigen Umständen plötzlich verstorbenen Schwester in intimer Verlehrer gestanden habe. Anstell. Prinz: Was hat Ihnen Herr Ellarz für diese Aussage erzählt? — Zeugin (empört): Nichts. — Prinz: Kennen Sie Herrn Ellarz? — Zeugin: Nein. — Prinz: Wer hat Ihnen diese Aussage einstudiert, Ellarz oder Ihr Mann? — Zeugin (erregt): Mir hat niemand etwas einstudiert, weder mein Mann noch Herr Ellarz. Das haben Sie doch alles selbst zu mir gesagt.

Auf Befragen des J. M. Dr. Werthauer bestätigt Staatsanwalt Gerlach, daß die Silbe Blaumann ihm gegenüber ebenfalls angegeben habe, sie habe die Schriftstücke selbst auf Diktat des Prinz geschrieben, Prinz selbst habe die Unterschriften „Ellarz“ und „Scheidemann“ hergestellt. — Der Zeuge bekundet noch, daß Silbe Blaumann geäußert habe, sie sei froh, daß sie mit „dem Verbrecher“ nichts mehr zu tun habe.

Nach Zulassung einer ganzen Anzahl weiterer Beweisangebote von beiden Seiten wird die Verhandlung auf Mittwoch 1/2 Uhr vertagt.

Pöbner verhaftet Reichstagsabgeordnete.

Wie die Münchner Blätter melden, wurde der neokommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Kemmle, Bruder des babilischen Ministerpräsidenten, der Montag abends in der ersten öffentlichen Versammlung der Neokommunisten in München im Münchener Sprach wegen Aufregung zum Massenhaft verhaftet. Kemmle kündigte in seinem Referat an, daß die Erhebung diesmal von Süddeutschland ausgehen werde. Die reaktionären Truppen Norddeutschlands seien nicht zu fürchten, da die norddeutschen Brüder schon dafür sorgen würden, daß sie nicht kämen. Die nötigen Waffen würden die liefern müssen, die heute bewaffnet seien.

Hierzu erklärt der „Vorwärts“, daß sofort nach Empfang dieser Nachricht der Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe sich an den Reichsanwalt und an die zuständigen Reichsministerien gewandt hat, um die Gründe der Verhaftung zu erfahren und die Haftentlassung zu erwirken.

Ein schleuniger Antrag auf Aufhebung der Haft des Reichstagsabgeordneten Kemmle dürfte bereits auf der Tagesordnung des Reichstags vorliegen und zur Beratung gelangen.

Die Pöbner und Rahr sind in Wien. Mit Hilfe von Spionagemeldungen der Gscheirde haben sie bisher versucht, die Öffentlichkeit der ganzen Welt zu täuschen und die für ihre reaktionären Formationen notwendige Stimmung zu erzeugen. Nun wird täglich der Schwindel aufgedeckt, und so mag diese Verhaftung ein Versuch zur Provozierung von Unruhen sein, wobei der Neokommunist durch seine Phrasen recht entgegenkommend gewesen sein mag.

Zur Rückkehr Konstantins.

Der griechische Kreuzer „Averoff“, der sich in Konstantinopel befand, erhielt Befehl, nach dem Piräus zurückzukehren und sich dort bereitzuhalten, nach Brindisi zu fahren, um den König Konstantin nach der Volksabstimmung nach Griechenland zurückzubringen. Der „Averoff“ wird von sämtlichen andern Schiffen der griechischen Flotte begleitet werden.

Blockade und Völkerverbund.

Der vom Völkerverbund eingesetzte Unterausschuß für Blockadefragen hat folgende Entschlüsse gefaßt: Wenn der Völkerverbund die Mitgliedstaaten von einer Verletzung des Vertrags in Kenntnis setzt, so liegen diesen folgende Pflichten ob:

1. die diplomatischen Beziehungen mit dem schuldigen Staat abzubrechen; 2. so rasch wie möglich Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind und mit der Verfassung vereinbar sind, um den Landesbewohnern alle Beziehungen mit den Bewohnern des Staates zu verbieten, gegen den sich die Blockade richtet.
- Die Kommission beschloß, dem Völkerverbund ihren Wunsch zu übermitteln, es möchten die Lebensinteressen der die Blockade durchführenden Länder gewahrt werden.
- Die amtliche Mitteilung betont, daß diese Beschlüsse die Möglichkeit einer Anwendung und Durchführung des Wirtschaftskriegs zugunsten des Weltfriedens vorbereiten.

Oesterreich im Völkerverbund.

In der heutigen Kommissionsitzung ist die Zustimmung der Tschechoslowakei für die Aufnahme Oesterreichs in den Völkerverbund ausgesprochen worden. Oesterreichs Zulassung kann als gesichert gelten.

Keine Rassengleichheit.

Walfour teilt mit, daß die Geschäftsordnungskommission aus praktischen Gründen die Beschränkung auf die französische und englische Sprache als wünschenswert ansieht. J. Hiti (Japan) bedauerte, daß der Völkerverbund die Proklamation der Gleichheit aller Rassen abgelehnt habe, auf eine Erörterung dieser Frage verzichtete er nur, um die Einheit der Versammlung nicht zu führen. Er hoffe aber, daß der Völkerverbund später die Gleichberechtigung der Rassen proklamieren werde.

Die Versammlung nahm dann die einzelnen Bestimmungen des Reglements einstimmig an.

Belgien gegen Deutschlands Zulassung.

Im belgischen Senat erklärte der Minister des Auswärtigen in Antwortung einer Anfrage, daß die belgischen Delegierten angewiesen worden seien, gegen die Frage der Zulassung der mit Belgien im Kriege gewesen Länder zum Völkerverbund Stellung zu nehmen. Diese Länder sollten erst zugelassen werden, wenn sie die Verträge und die ihnen auferlegten Verpflichtungen erfüllt hätten.

Dazu bemerkt der „Vorwärts“: In der belgischen Koalitionsregierung sitzen vier Sozialisten, die sich auf dem Kongreß der zweiten Internationale in Genf für die Zulassung aller Mächte zum Völkerverbund ausgesprochen haben; in der belgischen Delegation zum Völkerverbundtagung in Genf, die diese Anweisung erhalten hat, sitzt der sozialistische Senator Lafontaine, der ebenfalls dem Genfer Sozialistenkongreß beigewohnt hat und für die damals einstimmig angenommene Resolution gestimmt hat. Wir stellen dies einfach fest. Die belgischen Genossen, die sich wie wir zur zweiten Internationale bekennen, werden doch zugeben müssen, daß solche Tatsachen nicht geeignet sind, das Ansehen der zweiten Internationale zu heben.

Tante Faber schwingt den Rocklöffel.

Die Wahlen zum Preussischen Landtag rücken näher in den Giffeln der bürgerlichen Presse wird eifrig das Tranklein getollt, das der Pöbner Sozialdemokratie den Garaus machen soll. Weisheitlich für Magdeburg ist die alte Tante Faber; sie hat die Methode der Verunglimpfung unedelmüthiger Persönlichkeiten vollendet ausgebildet und bringt es fertig, schon fünfzig gewordene

Freiden, die von andern Zeitungen über Nationalen Verbänden in neuer, Höhe so zu verlesen, daß sie von allen Sozialisten mit Wohlbehagen verschlungen werden.

In besonders heftige Bewegungen gerät der Rocklöffel der alten Tante, wenn es gilt, dem Oberpräsidenten Hering die Mütze zu mischen. Wie eine rechte Däme arbeitet, sie immer nach dem gleichen Rezept, tut recht gerichtlich und gibt dem Produkt ihrer Subtilität leblich neue Namen. Auf ein paar Fällungen kommt es Tante Faber dabei nicht an. Den größten Schwindel legt sie ihren Lesern vor und dabei schwingt sie drohend und keifend ihren Rocklöffel gegen jeden, der es wagt, ihren Geheimnissen auf den Grund zu gehen.

Das neueste Erzeugnis der „Magdeburgischen Zeitung“ ist ein alter Dämon, Schwindel. In der berühmten Preußen Karte befindet sich eine Notiz „Herr Hering im Glashaus“, die zuerst von dem Antisemitenblatt „Deutsche Zeitung“ gebracht wurde. Dann wurde dem Oberpräsidenten der Vorwurf gemacht, daß er Spigel verwendet habe, um festzustellen, daß von der Reichswehr Zeitfreiwillige noch angeworben werden, trotzdem die Auflösung beschlossen und gemeldet war. Der Vorgang ist höchst einfach. Nach eingegangenen Anzeigen waren vom Polizeipräsidenten Nachforschungen angefordert worden und zu diesem Zwecke erhielt ein Polizeibeamter den Auftrag festzustellen, ob tatsächlich von der Reichswehr Zeitfreiwillige angeworben werden. Auch der Polizeibeamter wurde nach seinem Verzicht in eine Zeitfreiwilligenliste eingetragen. Dieser Vorgang meldete der Oberpräsident dem Reichswehrministerium.

Diese längst bekannte Sache trägt Tante Faber aus, veröffentlicht dazu hübsche Berichte und bestellt das Ganze „Der lockigende Oberpräsident“.

Natürlich ist sie in ihrem berühmten Auslandsgefühl — das vor den Wahlen sich stets gewaltig steigert — aufs tiefste verletzt. Sie wettlet und tobt, weil man gewagt habe, überhaupt in das geheiligte Treiben der reaktionären Saboteure der Reichsregierung zu leuchten. Der Oberpräsident Hering hat nichts getan, als den Bericht des Polizeibeamten weitergegeben und die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Den Unterschied zwischen einem Polizeibeamten und einem Spigel kennt die „Magdeburgische Zeitung“ natürlich sehr genau; denn in solchen Affären ist sie Sachorgan. Die stilsche Entstellung über Spigel steht dem Organ der Schaper, Biesentz und Altmann besonders gut an.

Die Begriffe über Pressekorruption mögen verschieden sein, die Preußen Karte aber läßt sich nicht aus der Welt leugnen. Das mag Tante Faber bedenken und sich hüten mit ihrem Köffel in einem Vert herumzurühren, der ihr selbst recht übel bekommen könnte.

Notizen.

Die Wiederaufnahme des Weltverkehrs. Nach einer Habasmeldung aus Algier ist der erste deutsche Dampfer, der seit dem Jahre 1914 den Hafen anlieh, angekommen. Es handelt sich um den Dampfer „Smyrna“, der nach Hamburg geht.

Gegen unzuverlässige Hotels. Der Polizeipräsident von Berlin veröffentlicht in Reichsanzeiger eine Verfügung, wonach der Hotel-Betriebs-Vereinigung in Berlin der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs wegen Unzuverlässigkeit untersagt wird. Dadurch werden das Hotel Bristol, das Zentral-Hotel, Café und Hotel Bauer, Weinrestaurant und Café Kranzler, das Wintergarten-Restaurant, die Restaurationsbetriebe des Reichstags und des Zoologischen Gartens und viele andre schließen müssen.

Heimkehr der Sibirier. Seit Beginn des Gefangenenaustauschs vom Mai dieses Jahres sind insgesamt 92 682 Heimkehrer aus Rußland und Sibirien in Deutschland eingetroffen, darunter befinden sich 28 558 Reichsdeutsche, von denen 25 597 über die Ostsee und 2959 über Vladivostok in der Heimat angelangt sind. Die Zahl der aus Deutschland abtransportierten Russen beträgt rund 108 000.

Brotmangel in Madrid. Hier herrscht großer Mangel an Mehl. Die Bäckermeister haben die Brotpreise erhöht. Die Bäckergehilfen legen die Arbeit nieder; sie fordern höhere Löhne. Infolge des eingetretenen Brotmangels herrscht in der Stadt gewaltige Erregung.

Einstellung des Eisenbahnverkehrs in Norwegen. Nach einem Telegramm aus Christiania beschlossen die Eisenbahner in den Streit zu treten. Ein Antrag auf Verlagerung des Streiks wurde abgelehnt, ebenso blieben alle Vermittlungsversuche ergebnislos. Am Mittwoch früh an steht der ganze Eisenbahnverkehr in Norwegen still.

Wiener Kriegsaffen vernichtet. Einer Meldung der „Wienschen Zeitung“ zufolge wurde ein großer Teil der Affen des österrischen Kriegsarchivs durch einen Brand der Wiener Stiftskaserne vernichtet. Es sind wertvolle historische Dokumente zugrunde gegangen, darunter zum Teil die Affen über den Aufmarsch der österrisch-ungarischen Armee im Weltkrieg.

Die Bolschewisten im fernem Osten. Neuer meldet aus Peking: Die Generale Kappel und Semenov sind mit 200 000 Mann ihrer Arme von Transbaikalen auf chinesisches Gebiet übergetreten. Die Grenzgebiete der östlichen Republik befinden sich also in den Händen der Bolschewisten. Die Erregung in Japan über diese Dinge ist groß.

Depeschen.

Keine Verminderung der Rheinlandbesatzung. T. U. Genf, 1. Dezember. Der „Temps“ meldet, daß die alliierte Note auf das deutsche Ersuchen um Herabsetzung der Stärke der Besatzungsmächte nach Berlin abgegangen sei, ihr Inhalt sei abgelehnt.

Nach einer Pariser Meldung des „Secolo“ wollen die Alliierten, vornehmlich Frankreich, trotz der günstigen Erklärung von Lloyd George im englischen Unterhaus nur noch bis Anfang Januar auf die Erledigung der deutschen Kriegsschuldigenprozesse vor dem Reichsgericht warten.

Der Boden zu heiß.

T. U. Berlin, 1. Dezember. Die „Neue Berliner Zeitung“ hat von dem Direktor des „Edenhof“, Birnboffer, der wegen Lebensmittelwuchers zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, ein Schreiben erhalten, in dem er mitteilt, daß heute keine Messe nach Monte Carlo weiter gehe, wo er den ganzen Winter verbringen wird, um dann im Frühjahr nach Amerika zu übersiedeln.

Die Rache.

W. W. Paris, 30. November. Nach einer Habasmeldung aus Corf sind wegen der Ermordung von 15 Hilfspolizisten im Bezirk von Corf Geschäfte in Brand gesteckt worden.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Haemacolade

das bekannte Frühstücksgetränk wieder überall erhältlich. 1/4 Dose, 9 Mk. (Plätzchen zum Rohessen 7 Mk.) Näheres durch Hygiene Frankfurt a. M.

Voranzeige!

Voranzeige!

Ioh veranstalte eine grosse

Weihnachts-Messe

zu staunenswert billigen Preisen!

3028

Beachten Sie gefl. mein morgiges Preisinserat.

Beginn Freitag früh 9 Uhr.

Kaufhaus Selma Wittkowsky, Lübecker 20

Voranzeige!

Voranzeige!

! Möbel-Einrichtung!

Eßzimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Küche, laßert und gestrichen, Schreibtische und Bücherchränke für Privat u. Bureau sowie sämtliche Einzelmöbel verkauft preiswert

2930

Karl Kohle, Tischlermeister,
Ratharinenstraße 2/4.

Gehen Ihre Uhren nicht?

Reparaturen jeder Art, neue und gebrauchte Uhren, Uhrentetten, Schmuckuhren usw.

Fr. Pöllnitz, Uhrmacher,
Schneeberg, Sa., sein Laden.

*Kleines Preisheft 1705
Prüfungsbuch!*

2900

Warenhaus Gebr. Barasch

Abteilung für Geschenkartikel :: :: 2. Stock (Fahrstuhl)

Sehenswerte ständige

Ausstellung

preiswerter Weihnachts-Geschenke!

Vereins- und Sportpreise in reicher Auswahl

Elegante Luxus- und praktische Gebrauchsartikel

Schreibtisch-Gegenstände in Marmor, Glas und Metall

Vasen in echt Porzellan, Kunstglas und moderner Töpferei

Wandbilder  Photo-Rahmen

in einfachen und künstlerischen Ausführungen  in oval, rund und allen modernen Formaten

Nippes in großen Sortimenten von 0.95 Mk. an pro Stück bis zu den feinsten sächsischen Kunstporzellanen

Köpfe, Figuren, Reliefs nach alten Meisterwerken

Einrahmungen jeder Art Bilder, mit und ohne Verglasung, sehr preiswert

Damen-Winter

Kostüm-Röcke, Hülsen sowie Stoffe äußerst billig. Leckers Gelegenheitskäufe. Fischlerstraße 33. (3041)



Nähmaschinen

2891

seit langen Jahren bewährt und bekannt durch das dazu verwendete Material, die feine Ausstattung u. den leichten Gang. Jetzt wieder in Friedensqualität lieferbar. Preisliste mit Abbildung frei und umsonst.

RUDOLF HAHN

vormals

A. ROSE

Breitweg 3a, Haltestelle Hauptpost. Tel. 1235.

Fahrradhandlung

Smalier- und Bernadungs-Anstalt

Fahrrad- u. Nähmaschinen-Reparaturwerkstatt

E. Minde & E. Beckmann

Magdeburg, Große Mühlentstraße 7a. Fernsprecher 8171. 5908 Fernsprecher 8171.

Strickwolle

Pfund 47.50 75.00 80.00 90.00
92.50 98.50 105.00 110.00

darunter Altendburger Stern- u. Pils-Qualitäten. Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Wilhelm Fischer 2972

(vorm. Herm. Dobrindt) 41 Sabotstraße 41.

Kostümstoffe

140 cm breit, zum Ausfuchen pro Meter 48 RM. nur Leckers Gelegenheitskäufe. Fischlerstraße 33. 3041

Buckau Buckau

Billiger Schuhwarenverkauf!

Freitag den 3. und Sonnabend den 4. Dez. findet im Rathaus-Restaurant, Schönebecker Str. 39 ein Verkauf von

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefeln

statt RM. 100,- reelle Lederware. Verkaufzeit von 10 Uhr vorm. bis 7 Uhr abend.

Artur Lindner, Weißentels.

Zahle

erstaunlich hohe Preise für getrag. Herren- u. Damen-Garderobe

neue und gebrauchte Mäntel, Betten, Uniformen und ganze Nachlässe. 5628

Gruner Margaretenstraße Nr. 7.

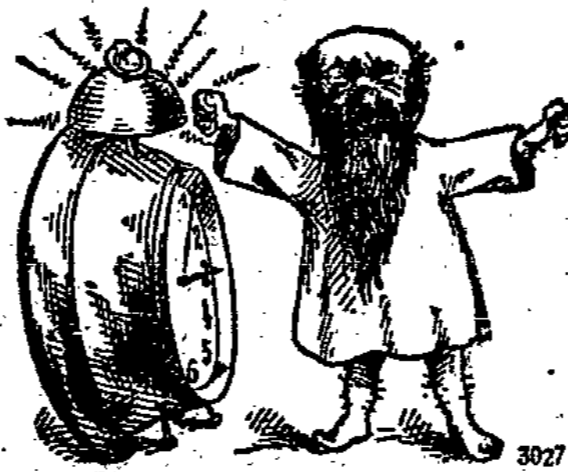
Telephon 2814.

Nähmaschinen

Singer-Rund- und Langschiff- wie neu, 300, 400 u. 500 Stk. Wiebel, Blumenholzer, S. IV.

Uhrenhaus Paul Bodenstedt

vorm. Fritz Neubert, 32 Alter Markt 32



Uhren Gold- u. Silberwaren Schmucksachen in größter Auswahl

Eigene Reparaturwerkstatt

Preiswertes Angebot!

Eine Wohnungs-Einrichtung

nußbaum limit. modern, bestehend aus:

- 1 Kleiderschrank, Zylinder
- 2 schwere Bettstellen
- 2 Spiralmatras., verz.
- 2 Kissenmatras., Stel., mit Klettst., gut gepolst.
- 1 Spiegelversch. ant.
- 1 Waschtisch
- 4 Stühle mit echtem Korbis

1 kompletten Küche in Silbergrau, eiche oder weiß emailiert, modern, sehr apart, bestehend aus:

- 1 Buffet, dreiteilig, mit apter Verglastung
- 1 großen Tisch
- 2 Stühlen
- 1 Stuhl
- 1 Stuhl

Gesamtpreis 3200 Mark

Eine Wohnungs-Einrichtung

nußb., modern, bestes, aus:

- 1 groß. Kleiderversch., 2 Kle., 2 Kleid., u. 2 Kleid., gerlegt, aparte Verglast., nußbaum furniert
- 1 Bettst. m. Spiegel, aparte Verglastung, nußb., furn.
- 2 schwere Bettstellen
- 2 Kissenmatras., verz.
- 2 Kissenmatras., Stel., mit Klettst., gut gepolst.
- 1 Waschtisch
- 4 modernen Stühlen m. echtem Korbis
- 1 Schallorgel m. abart. Bezug, gut gepolstert

1 kompl. Küche i. Silbergr., eiche oder weiß email., modern, sehr apart, bestehend aus:

- 1 Buffet, ca. 110 cm br., m. apter Verglastung, dreiteilig, 1 großen Tisch, 2 mod. Stühlen, 1 Stuhl, 1 Stuhl

Gesamtpreis 4300 Mark

Empfehle: Schlaf-, Wohn-, Speise-, Herrenzimmer

Aparte Küchen in modernem Anstrich und natur lastert.

Einzelmöbel in großer Auswahl zu besonders billigen Preisen.

Spezialhaus für Möbel-Ansattungen

Friedländer

Magdeburg

Alte Ulrichstraße 11.

Verkauf nach allen Orten. Sonntags geöffnet. Abnachts geöffnet.

Billiges Weihnachtsangebot!

Reinwollene Kostüm-, Anzug- und Mantelstoffe . . . pro Meter von 80.— an

Futterstoffe . . . pro Meter 35.—, 54.—

Kostümstoffe zum Ausfuchen . . . Stück 60.—

Unterröcke zum Ausfuchen . . . Stück 38.—

Barchenthemden zum Ausfuchen Stück 47.—

Woll-Strickgarne in Qualitäten von 70.— an

E. Rudolf Fab 2975

Bismarckstraße 48.

Lena-Badpulver

wird von jeder sparsamen Hausfrau bevorzugt. 1 Beutel genügt für 1 Pfund Mehl.

Überall zu haben oder bei dem Fabrikanten

Max Schultes, Lena-Werk,

Magdb., Spielgartenstr. 43

Schöne Friedstraße, 1 Beutel 40 Pf. 3038



Instandsetzungen an Uhren

Moosmann

Modern Uhren Schmuck und Hauptpost

Gold- u. Silber-

Gegenstände, Braut- u. Hochzeit-gegenstände zu streng reellen Höchstpreisen

Reine Kaiserstraße 39, III. Tel. 4388

Wärmungsverkauf, 2713

1 Waggon Handletterwagen

3, 4 und 5 Stk. Tragkraft

von 25 bis 50 cm

Größen. Durchmesser

in allen Ausführungen einzeln und sammtliche abzugeben. 17.1. Rogge, Schenkenstraße.

Nur kurze Zeit! Achtung, Hausfrauen! *Nur kurze Zeit!*

Großer Weihnachtsverkauf!

Nur kurze Zeit im Panorama-Restaurant.

Riesenauswahl

Emaille-Geschirren

Verkauf nach Gewicht.

Spezial in Kochtöpfen, Schmortöpfen, Schüsseln, Fleischtöpfen, Kannen, Eimern, Pfannen, Wasserkeffeln, Milch- und Kartoffelkochern, Schäum- und Bratenöffeln, Sieben usw.

Gute Ware!

Verkauf vormittags von 8 1/2 Uhr bis nachmittags 4 1/2 Uhr.

Georg Hanss, Magdeburg. Telephon 4351.

verkauft zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Kastenwagen

Verkaufzeit vom 9-12, nachm. 3-6 Uhr.

S. Mundlos & Co.

Magdeburg-Restaurant, Lübecker Straße 8.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 1. Dezember 1920.

Wieder einmal die Straßenbahn.

Unter dem Krieg und seinen wirtschaftlichen Folgen haben die öffentlichen Verkehrseinrichtungen — nicht nur in Deutschland — am schwersten gelitten. Ein Blick auf die Reichseisenbahnen und auf die örtlichen Verkehrsmittel in den Städten zeigt es. Überall magten die Personen- und Gütertarife erhöht, der Betrieb auf das notwendigste Maß eingeschränkt werden, und trotzdem arbeiten fast alle Betriebe mit Verlust. Bei den Reichseisenbahnen beziffert er sich auf viele Milliarden jährlich, bei den Straßenbahnen auf Millionen. Die Berliner kommunalisierte Straßenbahn rechnet für 1920 mit einem Defizit von 40 Millionen Mark, das durch allerlei kunstvolle Maßnahmen auf 27 Millionen vermindert werden soll. Die Hamburger Straßenbahn, die ebenfalls der Allgemeinheit gehört, erhöht ihre Fahrpreise auf der Hoch-, und Straßenbahn auf 70, 90 und 110 Pfennig, und auch alle andern Städte, ob groß oder klein, sind nicht zurückgeblieben; und ein Ende der Schraube ist so lange nicht abzusehen, als sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gründlich bessern und die Entwertung des Geldes aufhört. Und davon sind wir, soweit sich übersehen läßt, noch weit entfernt.

Auch bei der Magdeburger Straßenbahn haben dieselben Ursachen die gleichen Folgen gehabt. Die Fahrpreise mußten fortgesetzt erhöht werden. Trotzdem aber reichten die erzielten Einnahmen nicht aus, die Ausgaben zu decken. Heute steht die Straßenbahn vor einem so großen Defizit, daß, wenn nicht Gegenmaßnahmen getroffen werden, das Unternehmen in absehbarer Zeit vor der Pleite steht.

Für den „kranken Mann“ haben sich unzählige Ärzte gefunden, die freiwillig ihre Rezepte geschrieben haben, jeder ein anderes und unfehlbares. Es gibt auch nicht wenige, die dem Kranken sagen, daß er selbst Schuld an seinem Siechtum trage. Und zweifellos ist in früheren Jahren in der Straßenbahn eine kraße, rücksichtslose Dividendenpolitik getrieben worden, die keinerlei Rücksicht auf die Bedürfnisse der Stadt nahm und ihr höchstes Ziel darin sah, auf Kosten der Entwicklung der Stadt und auf Kosten der Angestellten der Straßenbahn, die in unwürdiger Unterdrückung gehalten wurden, nämlich 7, 8 oder 9 Prozent für die Herren Aktionäre herauszu-schinden.

Indessen hat diese engherzige kapitalistische Politik von damals wenig genug mit dem jetzigen Stande der Dinge zu tun. Hier wirken Ursachen allgemeiner Natur, die eine einzelne Gesellschaft nicht meistern kann und für deren Folgen sie nicht verantwortlich gemacht werden darf. Wäre dies nicht so, müßten ja die Straßenbahnen der andern Städte florieren und die Magdeburger allein im Sumpfe stecken. Das ist nicht der Fall. Die Straßenbahnen befinden sich alle in einer ganz besonderen kritischen Lage. Während Industrie, Handel und Landwirtschaft ihre gestiegenen Kosten durchweg voll auf die Verbraucher abwälzen können, ist dies bei den Straßenbahnen nicht der Fall. Jeder Versuch, die Fahrpreise mit den Ausgaben in Einklang zu bringen, wird vom Publikum mit einer Umwandlung beantwortet. Die Einnahmen aus der Fahrpreiserhöhung bleiben stets hinter den Voranschlägen zurück, die Ausgaben aber immer gleich groß, wenn sie nicht gar noch steigen. Es geht ihnen wie den Zeitungen, die auch bei jeder Preiserhöhung Leser verlieren, und doch ohne diese Erhöhung nicht existieren können. Essen ist notwendig, aber Straßenbahnfahrten und Zeitungslesen für sehr viele Menschen nicht. In diesem Gegensatz: Preiserhöhung — Umwandlung — Preiserhöhung bewegen sich heute alle Verkehrsunternehmen, und noch ist der Meister nicht gefunden, der diesen unheimlichen Ring zerbrechen kann.

So ist denn auch wieder die Magdeburger Straßenbahn mit neuen „Reform“anträgen an die Stadt herangetreten, die Ersparnisse im Betrieb und zugleich erhöhte Einnahmen schaffen sollen. Es sind folgende:

1. Erhöhung der Einzelsfahrkarte für die Zeit von 8 Uhr abends bis zum Ende des fahrplanmäßigen Betriebs sowie für Sonn- und Feiertage auf 75 Pf.
2. Ausgabe von Fahrscheineinheiten mit 10 Einzelsfahrkarten zum Preise von 5,70 Mark zur Benutzung an den Wochentagen bis 8 Uhr abends,
3. vollständige Aufhebung der Zeitkarten für Erwachsene,
4. Erhöhung des Preises der Arbeiterwochenkarten von 5,75 auf 6 Mark,
5. Veränderung der Schülerzeitkarten durch Ausgabe von Fahrscheineinheiten mit 60 Fahrkarten für den Monat zur Benutzung an Wochentagen bis 8 Uhr abends zum Preise von 24 Mark.

Außerdem soll die Linie 7 anders geführt werden und die Linie 8 beim „Deum“ auf dem Werber enden. Ferner soll in den verkehrsreichen Zeiten eine dichtere Folge der Wagen eingeführt werden — Dreidreier- und Vierer-Verkehr — dafür aber in den verkehrsarmen Zeiten der Siebeneinhalb-Minuten-Verkehr. Damit soll vermieden werden, daß in der stillen Zeit viele Wagen leer fahren, während andererseits in den lebhaften Verkehrszeiten der Überfüllung der Wagen und damit der mangelhaften Kassierung vorgebeugt werden soll. Eine Entlastung von Arbeitskräften wird wegen dieser Reform nicht eintreten.

Zu eins ist zu bemerken, daß die Direktion der Straßenbahn berechtigt ist, einen einheitlichen Fahrpreis allein in festzusetzen. Sie hätte also den 75-Pfennig-Tarif für die ganze Tageszeit einführen können. Nach ihrer Angabe will sie aber das geschäftliche Leben der Stadt nicht schädigen und begnügt sich mit der Fahrpreiserhöhung für die außergeschäftliche Abendzeit und den Sonntag. In Bremen und Leipzig soll sich diese Maßnahme bewährt haben. Welche Wirkung sie hier haben wird, bleibt abzuwarten. Der Aufhebung der Zeitkarten steht die Ausgabe von Fahrscheineinheiten mit 5 Prozent Verbilligung gegenüber; bei den Arbeiterwochenkarten ist nur eine kleine Erhöhung eingetreten.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird diesen Änderungen jedenfalls ihre Zustimmung geben. Weil sie muß! Nicht etwa aus Liebe zu den Aktionären oder der Direktion, sondern im Interesse der Straßenbahn-Angestellten, des Geschäftslbens der Stadt und der Stadt selbst. Die Straßenbahn-Angestellten gehören zurzeit sicher zu den am niedrigsten besoldeten Angestellten; soll eine Erhöhung ihrer Bezüge überhaupt eintreten, muß die Straßenbahn zuerst die nötigen Einnahmen haben, um aus dem Dalles herauszukommen. Ein Zusammenbruch der Straßenbahn müßte zur Entlassung aller Angestellten führen. Auch wenn die Stadt heute die Straßenbahn übernehmen wollte oder müßte, würde sie um Fahrpreiserhöhungen und Stilllegung unrentabler Linien nicht herumkommen, weil auch die Kommune nicht in der Lage ist, jährliche Millionenausgaben für das Unternehmen aus Steuermitteln zu leisten. Das mögen jene recht reichlich bedenken, die da glauben, mit dem Worte

„Kommunalisierung“ alle Schwierigkeiten wie mit einem Zauberstab zu lösen. Von Phrasen und billigen Schlagwörtern latin auch eine Kommune nicht leben. Und mit 24stündigen Proteststreiken gegen eine Fahrpreiserhöhung ist den Straßenbahnern erst recht nicht geholfen. Man sollte sich da besser die Straßenbahner in Kiel zum Muster nehmen, die der Bevölkerung in einem Aufruf die Notwendigkeit der Benutzung der Straßenbahn auch bei den hohen Preisen im Interesse der Angestellten empfahlen.

Welches Interesse die Geschäftsleute aller Art am Bestehen der Straßenbahn haben, braucht hier nicht näher klargelegt zu werden. Und die Stadt, die ja in jedenfalls nicht fernem Zukunft die Straßenbahn doch einmal übernimmt, hat das größte Interesse daran, daß sie nicht einen heruntergeluderten Betrieb in die Hand bekommt, sondern einen in jeder Beziehung gut insandt gehaltenen. Dazu gehört aber heute viel Geld. Kosten doch Schienen, Wagen und andre Materialien sowie auch die Instandsetzungsarbeiten fabelhafte Summen. So sind Wagen, die vor dem Krieg etwa 15 000 Mark galten, heute kaum noch unter 200 000 Mark zu haben.

Das also ist die Lage ohne Farbe und Schminke. Und man wird einsehen, daß bei den „Reformen“ nicht kapitalistische Profitgier die Triebfeder ist, sondern eiserne Notwendigkeit, vor der es kein Entrinnen gibt.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Am Freitag den 3. Dezember, abends 7 Uhr, in der Aula der Augustschule, Bismarckstraße
Funktionär-Sitzung.

1. Stellmanahme zur Landtagswahl.
2. Aufstellung von Kandidaten.
3. Sitzungsnahme zur Beitragserschöpfung.

Ohne Mitgliedsbuch und Funktionärkarte kein Zutritt.

Die Techniker zur Tarifbewegung.

Die hiesige Ortsverwaltung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten hielt am Sonntag vormittag eine äußerst stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Ingenieur C r u s e berichtete über die Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium in Berlin und schloß etwa folgendes ab: Die Verhandlungen fanden unter dem unparteiischen Vorsitz von Reg.-Rat Dr. Busse statt. Da Reg.-Rat Doktor Weigert, der eigentlich als Verhandlungsleiter vorgelesen, plötzlich erkrankt war. Von den Vertretern der Arbeitgeber wurde wiederum der Vorschlag gemacht, gemäß dem Schiedspruch des Magdeburger Schlichtungsausschusses eine unterchiedliche Bezahlung zwischen ledigen und Verheirateten, eintreten zu lassen. Nach längeren Verhandlungen lehnten die Angestellten-Vertreter diesen Vorschlag ab und ersuchten, die Vorschläge der Angestellten-Verbände als Verhandlungsgrundlage anzunehmen. Obgleich von den Angestellten-Vertretern daraufhingewiesen wurde, daß in andern Orten, der Provinz Sachsen, wo die Verhältnisse nicht ungünstiger liegen als in Magdeburg, höhere Tarifforderungen gewährt werden und trotzdem der Schiedspruch des Magdeburger Schlichtungsausschusses unbedingt als Fehlspruch anzusehen ist, verstanden sich die Arbeitgeber zu keinem Entgegenkommen. Um eine Einigung zu ermöglichen, ernannten die Angestellten-Vertreter ihre Forderungen um 25 Prozent und darüber. Jedoch auch dieses Angebot wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, und deren einziges Zugeständnis war, den über 30 Jahre alten Angestellten eine besondere Zulage bewilligen zu wollen. Aber auch hiermit konnten sich die Angestellten-Vertreter nicht einverstanden erklären, weil zwischen ihren Forderungen und dem Angebot der Arbeitgeber zu große Unterschiede bestanden. Die Verhandlungen mußten daher leider als ergebnislos abgebrochen werden.

Die Verhandlungen beweisen von neuem, daß die Arbeitgeber stets bemüht sind, einen Keil zwischen die Angestellten zu treiben. Die Notlage der Industrie und des Handels wurde von den Vertretern der Arbeitgeber in den schwärzesten Farben geschildert. Für den Lebensmittel, wegen Einzelhandel sowie den Zucker-Großhandel wurde sogar verlangt, die völlig unzureichenden Vorschläge des Magdeburger Schlichtungsausschusses gelten zu lassen. Sofort nach Rückkehr aus Berlin haben die drei Spitzenorganisationen der Angestellten, den Reichsarbeitsminister ersucht, einen Schlichtungsausschuß in Berlin einzusetzen, um den Tarifstreik durch einen Schiedspruch zu beenden. Diesem Ersuchen ist nicht stattgegeben worden, sondern der Reichsarbeitsminister hat den hiesigen Schlichtungsausschuß angewiesen, erneut in der Angelegenheit zu verhandeln. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen im Laufe der Woche stattfinden werden. Bis dahin gilt es, die Ruhe zu bewahren, und es muß dringend vor unüberlegte m Handeln gewarnt werden. In den Betrieben ist alles vorzubereiten, um eine evtl. erforderliche Absperrung schnellstens vornehmen zu können. Hoffentlich gelingt es noch in letzter Stunde, zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen, damit das Wirtschaftsleben Magdeburgs vor den schwersten Erschütterungen bewahrt bleibt.

In der anschließenden regen Aussprache kam die große Erregung deutlich zum Ausdruck und es wurde überflüssig die Meinung ausgesprochen, daß man zum hiesigen Schlichtungsausschuß kein Vertrauen mehr habe, und daher sofort in die Aktion eintreten müsse. Vom Vorstand wurde jedoch darauf hingewiesen, daß man den letzten Versuch noch machen müsse, damit den Angestellten-Verbänden späterhin kein Vorwurf gemacht werden könne.

Nach Erledigung der Tarif-Angelegenheiten wurden noch die Verhältnisse bei der hiesigen Straßenbahn einer scharfen Kritik unterzogen. Es kam die Meinung zum Ausdruck, daß schon jetzt durch die fortwährende Erhöhung der Fahrpreise eine Verminderung des Verkehrs und eine damit verbundene Mindereinnahme festzustellen sei. Der Fahrpreis müsse anstatt erhöht, auf 0,50 Mk. ermäßigt werden. Außerdem sei es nötig, die modernen Einrichtungen, die in andern Städten längst Platz gegriffen haben, auch hier einzuführen. Das für Fahrpersonal und Publikum lästige Knippen der Fahrkarten müsse wegfallen und die Zeitkarten bestehen bleiben. Den Magdeburger Angestellten müssen Wochenkarten dieselben Vorteile wie den Arbeitern eingeräumt werden. Es sei auch technisch möglich, die Reparaturen der Wagen schneller auszuführen, um mehr Wagen in den Verkehr einzustellen und die Verkehrszeiten dadurch zu verkürzen.

Die Frauenversammlung der S. P. D. findet heute Mittwochs abend 7 1/2 Uhr im Lokal „Zur Gemülichkeit“ (Holz), Tischlerstraße 14 (nicht in der Augustschule), statt. Tagesordnung wie bereits bekanntgegeben. Ortsauschuß für Arbeiterwohlfahrt.

Die Arbeiterjugend in Cracau. Unter sehr starker Beteiligung von alt- und jung wurde am gestrigen Sonntag die Bezirksgruppe Cracau aus der Taufe gehoben. Wir sind jung, und das ist schön, so lang es uns in einem so gut vorgetragenen Stiede entgegen. Regitationen, ernste und heitere Vieder zur Laute und Volkstänze wechselten in bunter Reihenfolge. Arbeiterjugend, schlicht und natürlich, stand vor uns. Jugendsekretär Boigt wies in einer kurzen Ansprache auf ihre Bedeutung hin, daß wenn

wir Alten das Kampfschwert aus der Hand legen, die Jugend es ergreifen wird. Hierauf nahm der Vorsitzende des Jugendbundes Magdeburg, O l e n h a u e r, Gelegenheit, sich von den Jugendgenossen und -genossinnen zu verabschieden. Herzlich waren die Worte, die er seinen Freunden und Freundinnen zum Abschied widmete. Er, der jugendliche Kämpfer geht nach Berlin. In steter Dankbarkeit wird die Magdeburger Jugend seiner gedenken. Redakteur Genosse W i l l e r widmete dem Abscheidenden Olenhauer anerkennende Worte, die aufmerksame Zuhörer fanden. Sodann kam die Jugend wieder zu ihrem Recht. Es war ein Vergnügen, die jungen Deutschen von der Arbeiterjugend in ihrem munteren Spiele beobachten zu können. Viel zu schnell bergingen die paar Stunden, die Erinnerung an diesen schönen Abend wird bleiben. Einem solchen Jugendbund können wir unsere Kinder ohne weiteres anvertrauen. Und daß es der Cracauer Jugend gefallen hat, dafür bürgt die stattliche Zahl der jungen Leute, die sich zur Aufnahme gemeldet haben. Die neugegründete Bezirksgruppe Cracau trifft sich am Donnerstag den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Elbgarten.

Die neuen Milchmarken für Wählerinnen können vom 2. bis 8. Dezember vormittags von 9 bis 1 Uhr in den Wählerinnen-Markten-Ausgabestellen des Lebensmittelamts in Empfang genommen werden. Vorzulegen sind die alten jetzt gälligen Milchmarken sowie die Ausweismarken für Lebensmittelversorgung.

Der Streik der Schuhmacher günstig beendet. Nachdem das Angebot des Innungsvorstandes vom Mittwoch voriger Woche von den Streikenden abgelehnt worden war, und diese bis zum 1. Januar 50% und ab 1. Januar 60% Lohnaufschlag auf den bisherigen Lohn von 8,25 Mark in der ersten, und 8 Mark in der zweiten Klasse pro Stunde forderten, fand am Sonntag im „Arztshof“ eine Innungsversammlung statt, die Stellung zu der Forderung nahm. Sie gestand 40% zu, worüber die Streikenden am letzten Montag in einer Versammlung entscheiden sollten. Trotzdem ein Teil sehr unzufrieden war, entschied sich die Mehrzahl bei der Abstimmung für Anerkennung der 40% und sofortige und geschlossene Aufnahme der Arbeit. Das ist am Dienstag geschehen. Somit haben die Schuhmachergesellen Magdeburgs ungefähr den Lohn erreicht, wie ihn ihre Kollegen in Großhüringen bekommen. Ihr Lohn beträgt jetzt 4,55 Mark in der ersten, und 4,20 Mk. in der zweiten Klasse. Also auch die Schuhmachergesellen haben erfahren können, welchen ungeheuren Nutzen der Zusammenschluß aller Arbeiter in Organisationen hat. Mögen diese noch gestärkt werden von allen noch Nutzenstehenden.

Eine Projektion von Lazarettinsassen des „Riffallpalastes“ erregte am Mittwoch berechtigtes Aufsehen. Dvan ging ein verwundeter Vaterlandsverteidiger aus dem „großen“ Kriege mit einem Keller, auf dem sich die Tagesration an Butter oder Margarine, ein Kleckchen von etwa — 5 Gramm, befand. Es kann auch weniger gewesen sein. Der Lazarettökonom hat den zum Teil schwer verwundeten Kriegern gesagt, daß er bei einem Verzehrungsstaf von 9 Mark täglich von jetzt an die Kost verschlechtern müsse, weil er von dieser Summe nicht in der Lage sei, alle Unkosten des Lazarets zu bestreiten. Es ist Aufgabe der maßgebenden Stellen, diese Angaben nachzuprüfen und sofort Abhilfe zu schaffen. Man mag sparen, wo und wie man will, aber an denen, die ihre heilen Knochen zu Markte getragen, und 2 Jahre nach Beendigung des Krieges noch nicht ausgeheilt sind, darf das nicht geschehen.

Ein „moderner“ Arbeitgeber ist Herr Ernst Haberzell, in Firma Eduard G l a u t h, Wuchfabrik. Um seinen Betrieb zu verkleinern, legte er die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit dem Betriebsrat ohne weiteres auf die Straße. Als der Obmann des Betriebsrats bei ihm vorstellig wurde, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß die Entlassung in anderer Form vor sich gehen müsse, wurde diesem bedeutet, daß er, der Arbeitgeber, auf das Betriebsratsgesetz pfeife, er mache sich keine Gesetze selbst. Nach verschiedenen Hin- und Herreden wurde der Obmann aus dem Betrieb entfernt durch Verbrechen mit dem Stock. Um sich keines Hausfriedensbruchs schuldig zu machen, ging der Obmann von dannen. Jedenfalls wird dem Herrn Klagen gemacht werden müssen, wie die Behandlung der Arbeiterchaft sein muß. Die mittelalterliche Zunft brauchen wir in unserer Zeit nicht mehr. Für die Fleischergesellen muß dieses Vorgehen des Arbeitgebers ein Grund mehr sein, sich der freigewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Die Fleischergesellen müssen sich eine menschenwürdige Behandlung erkämpfen.

Erhöhung der Entschädigung für den nebenamtlich zu erteilenden Unterricht. Bei der Festsetzung der Haushaltspläne für das städtische Schulwesen für das Jahr 1920 haben Magistrat und Stadtverordnete beschloffen, die Verfügung für den nebenamtlichen Unterricht vom 1. April 1920 ab mit einem Satz von 200 Mark für die Jahresstunde zu vergüten. Der Magdeburger Lehrerbund bittet jetzt erneut, daß der Magistrat sich dem Vorgehen anderer Städte, die über die hier gesagten Sätze hinausgehen, anschließt und vom 1. Oktober d. J. an für allen nebenamtlichen Unterricht für die Einzelstunde 10 Mark oder für die Jahresstunde 400 Mark und der herrschenden Teuerung wegen einen 50prozentigen Ausgleichszuschlag gewähren möge. Diesem Antrag kann der Magistrat nicht entsprechen, hat aber beschloffen, in Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse die Entschädigung für den nebenamtlichen Unterricht an den städtischen Schulen vom 1. Oktober d. J. an auf 300 Mark für die Jahresstunde festzusetzen. Die Stadtverordneten-Versammlung bittet der Magistrat, sich mit der Festsetzung der Entschädigung für den nebenamtlichen Unterricht vom 1. Oktober d. J. auf 300 Mark für die Jahresstunde und mit der Bewilligung des Betrages von 27 620 Mark einverstanden zu erklären.

Schwerer Unfall. Der Zimmermann Ernst C., Salberstraße 3, geriet am Dienstag auf seiner Arbeitsstätte, Halberstädter Straße 76, mit seiner Kleidung in das Getriebe einer Transmission, wurde herumgeschleudert und erlitt Verletzungen beider Unterschenkel sowie Kopf- und innere Verletzungen. Der Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhaus Sodenburg.

Gestohlen wurden: aus einer Schankwirtschaft in der Kaiserstraße eine schwarze zindlederne Handtasche, enthaltend eine goldene Herrenuhr (gezeichnet M. M.) mit langer goldener Kette; aus einer Wohnung in der Halberstädter Straße ein dunkelblauer Paletot und ein Paar neue Schnitzschuhe; aus einer Krankenkasse 60 Schachteln Morphium; aus einer Werkstatt des Hauptbahnhofs Kupferne Nöhren (10 Millimeter stark); vom Hofe der Feldbarrillierkaserne ein Handwagen, dessen Untergestell hinten K. G. gezeichnet ist; aus einer Gartenparzelle am Walmbergsweg verschiedene Säbner und Rännege; aus einer Landwirtschaft eines Nachbardorfs drei Paar Stielgeschirre und Livreekleider verschiedener Art.

Ein Einbruch in ein Juwelergeschäft wurde, wie wir bereits berichteten, in Röhren verübt. Gestohlen wurden Schmied- und sonstige Werkzeuge, wie Ringe und Kolliers aus Platin, Gold und Silber mit Brillanten und rotem Edelsteinen, goldene silberne und Gold-Edelstein- und -ambänder, Ohringe, teils mit Brillanten, Hals- und Uhrenketten, Broschen und Broillons verschiedener Art, silberne und Alpacaschiffel und -Besteck, Damen-Rauchservice, goldene und silberne Stodgriffe, 100 Gramm Feingold, zehn kleine Lose Brillanten und 14 000 Mark Bargeld, gezeichnet in 50-Markscheinen.

Kommission, bestehend aus einem Herrn aus dem Gemeindevorstand und zwei vorgeschlagenen Herren aus der Protestversammlung, gewählt, die diese Sache (Pachtung oder Kauf von Ackerland) beschleunigend helfen sollen.

Schneefest, 1. Dezember. (Zum Weihnachtsfest.) Das Lebensmittelamt kann unsern Hausfrauen für das Weihnachtsest auch eine kleine Freude in Aussicht stellen. Auf einen noch zu bestimmenden Abschnitt der Brotkarte, und zwar der nummerierten rechten Abchnitte gelangt ungefähr 8 bis 14 Tage vor dem Fest auf den Kopf 1/2 Pfund 75 prozentig ausgebackenes Weizenmehl zum Preise von 1,00 Mark das Pfund einschließlich Lüste zur Abgabe. Beim Kauf von Brot muß deshalb vom Publikum Obacht gegeben werden, daß die Wägereien diese Abchnitte nicht versehentlich mit abschneiden. Ferner kann das Lebensmittelamt auf noch auszubehende Zuderkarten 1/2 Pfund Zucker für jede Person herausgeben. Nähere Bekanntmachungen erfolgen noch. — **Nuden** gelangen in den Geschäften der Stadt von Donnerstag an auf Abschnitt 27 der grünen Lebensmittelkarte, und zwar 1/2 Pfund nach der Materialwarenlistenliste zur Abgabe. Preis 5,60 Mark das Pfund.

Preis Quedlinburg-Afcherleben.

Afcherleben, 1. Dezember. (Die Zahl der Rentenempfänger) hat auch in unser Stadt ständig zugenommen. Auf Grund der Reichsversicherungsordnung werden aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 449 Invaliden- und Krankenrenten, 86 Altersrenten, 56 Witwenrenten und 218 Waisenrenten gezahlt. Es entfallen damit auf 1000 Einwohner 40,6 Invaliden- und Krankenrenten, 0,0 Altersrenten, 2,2 Witwenrenten und 8,0 Waisenrenten. Bemerkenswert ist die "Rentenbewegung". Von Inkrafttreten der Versicherung bis Ende des Jahres 1919 wurden für Afcherleben festgesetzt 1170 Invaliden- und Krankenrenten; in Wegfall kamen 727. Altersrenten wurden festgesetzt 202, in Wegfall gebracht 190, Witwenrenten 65 und 9, Waisenrenten 233 und 20. Auf je 1000 Einwohner fallen an laufenden, also jetzt noch bestehenden, Renten 15,6 Invaliden- und Krankenrenten, 2,2 Altersrenten, 1,9 Witwenrenten und 7,3 Waisenrenten.

Dessau, 1. Dezember. (Wegen Steuererschleichung verhaftet.) Der Fischhändler Haase gab in seiner Vermögenserklärung vor dem Finanzamt sein Vermögen mit 20.000 Mark an, während es tatsächlich eine halbe Million betrug. Einen großen Vortrag hat der Steuereinschreiber außerdem nach der Schweiz verschoben.

Sport und Spiele.

Turnverein Fische. (Waldlauf.) Die Abteilung Alte Neustadt veranstaltet am Sonntag den 5. Dezember einen Waldlauf. Der Lauf beginnt um 9 Uhr vom Vereinslokal (Winters Gesellschaftshaus). Mitglieder, welche gewillt sind, daran teilzunehmen, können sich bis Freitag in der Turnhalle Stadlarstraße beim Turnwart melden.

Verene und Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Nur Donnerstag tagte eine überaus stark besuchte Generalversammlung der Magdeburger Holzarbeiter in der Aula der Augustinische. Kollege Weim beschränkte die Kommunalpolitik von früher und jetzt unter Berücksichtigung der großen Fragen wie Mittelstand, Südbücher, Ausstellung und deren Bedeutung für die Zukunft Magdeburgs. Darauf erkrankte Kollege Gorgas Bericht von der Städtekonferenz. Danach hat diese die Tarifbindung abgelehnt und eine neue Wohnförderung in Höhe von 20 Prozent aufgestellt und außerdem neue Durchschnittslöhne festgesetzt, und zwar Klasse 1 6,80 Mark, Klasse 2 6,40 Mark, Klasse 3 6 Mark, Klasse 4 5,60 Mark, Klasse 5 5,20 Mark und in Klasse 6 4,80 Mark. Es soll versucht werden, diese Sätze bei den jetzigen Verhandlungen zu erreichen. Ferner soll an der bisherigen reichsrechtlichen Regelung festgehalten werden.

Desgleichen wird es allen Bahnhöfen zur Pflicht gemacht, ihre Verträge mit den Beschäftigten des Verbandstags bis Neujahr in Einklang zu bringen. Hiernach muß ein Stundenlohn ein Verhandlungsbeitrag werden. Verhandelt wurde dort ferner über Mittel und Wege, um die fürchbare Arbeitslosigkeit aus dem Wege zu schaffen und das überall abgewirtschaftete Schlichtungs-

wesen auf eine neue Basis zu stellen. Resolutions in diesem Sinne fanden einstimmige Annahme und sollen den Staatsbehörden zugestellt werden. Die lebhafte Debatte endete mit der Annahme folgender Anträge: Die Sammlungen zur Unterstützung der arbeitslosen Kollegen werden gutgeheißen. Die Beschlüsse des Verbandstags, wonach ab 1. Januar ein Stundenlohn der Verbandsarbeit sein soll, fand ebenfalls einstimmige Annahme. Danach wird nun der erste Beitrag 6 Mark sein, die übrigen staffeln sich nach unten, je nach dem Verdienst.

Wasserstände.

Fluß	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
Harz	130,11	+ 0,80	Elbe	112, + 0,01
Brandts	- 0,29		Werra	+ 0,20
Meinert	- 0,2		Gaale	+ 0,50
Leitmeritz	0,8		Gröblich	+ 1,24
Auffig	1,12		Erbsa	+ 0,33
Preeden	- 1,98		Verburg Alt	+ 1,33
Forgan	- 0,36		Halbe Oberpegel	- 0,28
Wittenberg	- 0,14		Halbe Unterpegel	- 0,08
Stoßau	0,14		Orizyne	- 0,08
Alten	0,14			
Harz	1,12			
Kandebrunn	+ 0,20			
Sangerhau	+ 0,10			
Wittenberge	+ 0,53			
Kemnitz	30,11			
Werra	+ 0,45			
Dornau	19,11			
Wittenberg	30,11			
Sobiesdorf	1,12			

Gewinn-Auszug

16. Preuß.-Südd. (242. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse	19. Ziehungstag	27. November 1920	
114 Gewinne zu 3000 M	1090 2158 3467 7155 8828 10771 12748 14258 16998 17007 19075 20095 22139 24482 29768 30028 34334 39110 40302 42761 46503 48222 47511 47672 48713 51797 52710 54390 54432 56110 57901 58714 60834 70279 72426 70724 82273 83098 83117 83730 88028 84814 91270 93769 95520 87406 88716 108283 108812 109028 110087 110081 112887 118, 99 121591 125521 131521 133228 134279 134470 134776 128184 138083 139870 139711 140769 140993 147616 146978 163387 165513 156006 181247 183219 182503 184173 187113 188558 189188 170186 172100 173227 174504 175273 176854 177980 181871 182284 197867 198894 199396 202738 207589 210278 213225 220219 220567 230227 230822 251509 281801 331825 332831		

16. Preuß.-Südd. (242. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse

19. Ziehungstag

27. November 1920

114 Gewinne zu 3000 M 1090 2158 3467 7155 8828 10771 12748 14258 16998 17007 19075 20095 22139 24482 29768 30028 34334 39110 40302 42761 46503 48222 47511 47672 48713 51797 52710 54390 54432 56110 57901 58714 60834 70279 72426 70724 82273 83098 83117 83730 88028 84814 91270 93769 95520 87406 88716 108283 108812 109028 110087 110081 112887 118, 99 121591 125521 131521 133228 134279 134470 134776 128184 138083 139870 139711 140769 140993 147616 146978 163387 165513 156006 181247 183219 182503 184173 187113 188558 189188 170186 172100 173227 174504 175273 176854 177980 181871 182284 197867 198894 199396 202738 207589 210278 213225 220219 220567 230227 230822 251509 281801 331825 332831

Bereins-Kalender.

Verband der Sattler und Kapellner. Donnerstag den 2. Dezember, nachm. 8 Uhr, Wahl; abends 7 Uhr, gemeinl. Versammlung bei Koss. **Abbauers Arbeiterverein.** Samstag den 4. Dezember, abends 7 Uhr in der „Reichshalle“. **Schleierbund.** Am Freitag den 3. Dezember, abends 8 Uhr, Versammlung im „Reichshof“. **Schneefest.** Samstag den 5. Dezember, abends 8 Uhr, Generalversammlung im „Stadtpark“.

Wettervorhersage.

Donnerstag den 2. Dezember: Meist trübe, mildes Wetter mit Regen (Schluß des redaktionellen Teils.)

Die elegante Mode!

Ulster

In allen Formen und Farben, nur beste Stoffe und Zutaten

1075.00 1250.00 1400.00

Haus der Moden

Grassall

Breiteweg 62/63

gegenüber den Kammer-Lichtspielen.

Liebesabend Friede von Wobben. Am 4. Dezember gibt die in Maga und den falschen Namen hochgeschätzte Sängerin Friede von Wobben im Stadionsaal einen Liebesabend. Bereits vor dem Abgange trat diese namhafte russische Künstlerin in Berlin, Sietin und andern deutschen Städten mit großem Erfolg auf. Sie besitzt eine gut ausgebildete große Altstimme und gibt als vollendete Interpretin des russischen Liedes, besonders liegen die Schuber, Schumann und Brahms, die sie auch in ihrem angenehmen Abend singen wird. Die Begleitung liegt in den bewährten Händen von Walter Zehle (Violin), Korten bei Heinrichs Hofen.

Fürstehof.

Im Prunksaal, in der Elbe und in der Elbelle treten am heutigen Mittwoch durchweg neue Programme in Kraft. Der Prunksaal-Spielplan bringt neben einigen abgelegenen Vortragskünstlern (Hans Hauser, Erich Hell, Eric Ferdinand Stein) eine Reihe von Schaumünzern ganz besonderer Art: die Schießtruppe Joug-Wong, Kapayettes Wunderbunde, die sechs Markys, die komischen Zauberer Semes und Corca, die drolligen Kadabrer Dolev und Partner, ferner ein russisches Trio und ein Steyrer-Ensemble. An der Spitze der Elbe-Spielpläne steht der von dem Magdeburger Publikum ganz besonders geschätzte

Ludwig Christ

der zu den besten Vortragskünstlern des deutschen Kabarets zählt, wie Leontine Lüders eine der wenigen wirklich guten Vortragskünstlerinnen ist. Ihnen gefolgt sind eine stattliche Reihe tüchtiger Kabarettisten, so, der ebenfalls am Deutschen Spielhaus in Charlottenburg tüchtige Heidenster Rudolf Janz, das mondäne Paarmann Wita und Wilson, der Wiener Komiker Theo Werner und andre. Ludwig Christ wirkt übrigens auch bei dem jeden Nachmittage stattfindenden 4-Uhr-Thee mit. Auch die Spielpläne der Elbelle sind wiederum großartig. Shitta und Artur Dolores, die allerorts gefeierte Künstler, die modernen Sanges, sowie die famosen Spanier Wajoa und Ramirez sind die Hauptnummern, zu denen neben Ella und Käthe Ritter noch weitere namhafte Künstler treten. Die Hauptnummern des Nachmittags-Programms der Elbelle sind die Darbietungen von Edda und Artur Dolores und die Vorführungen des Weltmeisters in Hochsprungkunst Paul Pridyall, der an der gleichen Stelle schon einmal sein großes Können zeigte. — So bringt der Weihnachtstmonat dem Fürstehof-Besuchern viel des Gebienden und Lebenswerten, und die Dezemberprogramme zeigen gleich den bisher gebotenen Spielplänen den Fürstehof, führend an der Spitze der großen deutschen Unternehmungen seiner Art.

Kinderkaputt! gepofft, gepelzt, a. verfl. (Fr. Siederer), Wst., Sedanring 25, Haus 19.

2 Nationalkasten wipert ab Standort zu taufen gesucht, An-ebote mit beiden Kassennummern an W174

Paul Manthey Verlin-Steiglitz, Riffinger Str. 7, Fernsprecher Steiglitz 3116.

Trockenes Brennholz (Pantmenabfall) 2482 liefert billigst frei Keller **Wilk. Hohmann** Halberstädter Straße 20.

Zeit- und Goerz-Feldstecher kauft G. Wobben, Simeystr. 1.

Bekanntmachung. Betrifft städtischen Brennholzverkauf. Die städtische Kohlenstelle gibt bis auf weiteres Brennholz (zur Hälfte Buchen und zur Hälfte Kiefern) in öffentlichen Auktionen zum Preise von 13,50 Mark pro Zentner ab. Auf Wunsch erfolgt Lieferung von 5 Zentner an außwärts frei vord Haus gegen Zahlung der jeweilig geltenden Satzpreise.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltung Magdeburg. Geschäftsstelle: Große Wilsingstraße 3, I. — Geschäftsstunden: Werktags von 10 bis 5 Uhr, Sonntags von 10 bis 2 Uhr — Sonntags geschlossen. — Telefonruf 1912.

Freitag den 3. Dezember, nachmittags 5 Uhr, Große Vorstands-Sitzung (Ortsverwaltung, Bezirksleitungen, Branchenleitungen) im Bureau des Metallarbeiter-Verbandes, Große Wilsingstraße 3, I.

Sonntag den 4. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Niederbödenleben beim Gastwirt Wernicke die Bezirks-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. Referent: Kollege Neumann. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung. 3. Neu-gew. Wiederwahl der Bezirksleitung. 4. Verschiedenes.

Sonntag den 5. Dezember, vormittags 9 Uhr, im Restaurant „Promopol“, Wilsingstraße 1.

vereinigte Branchen-Versammlung sämtlicher Elektromonteur und der in den Elektro-Zusatzhandlungen Beschäftigten, ebenfalls sämtlicher Klempner, Installateure und der in dieser Branche Beschäftigten. Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlungen und Beschlussfassung darüber, Berufsanlagen und Berufsschulung.

Derfla der Kaffee für Feinschmecker. Kästlich u. preiswert! **Alfred Beckmann** 1. Auf dem Königshof 2. Breiteweg 35 (Mühlstraße) 3445

Fahrrad mit und auch ohne Verstellung. Folgt, Papenstr. 15.

Bratwurst Pfd. 3.00 M. liefere ich nicht, aber reines Fettfleisch, Mastfleisch, Parfums, Hasel, Hausenerne und Gaisboller zu Engrospreisen. Geere-Parfums (schon malte man schon jetzt bei mir füllen lassen. 10 g feinstes Parfium 3,50 M.). Billigste Belegquelle für Händler und Hausierer. Landente, tauschen Eisenbedarf bei mir ein, es lohnt sich.

Richard Beck Eisen und Porzellan. R. Beck, Schmiedestra. 66. (Büste ausschneiden und bei Bedarf mitbringen.) 2946

Kaufe ein Damen- u. Herren-

Heute und folgende Tage verkaufe ich große Posten Herren-, Damen-, Kinder-, Stiefel und -Schuhe sowie Winter-Schuhwaren zu billigen Preisen. Gelegentliches Kaufgeschäft **B. Wolff** 14 Schwertfegerstrasse 14.

Einkauf von allen Sorten **Fellen, Altpapier, Alteisen, Altmetallen, Sekt- u. Weinflaschen, Lumpen, Wolle** zu höchsten Tagespreisen **Sorger & Freund** Magdeburg, Schönebeckstr. 12. Telefon 7228 und 6548. Bestellungen werden angeführt.

Frauenhaar zu höchsten Tagespreisen. Gedenktstr. 5, h. 1 Sr. Annahmszeit 8 bis 4 Uhr, außer Sonnabenden. 5770

Führen aller Art erledigen sofort. Glaue Radler, Schönebeckstr. 8. Telefon 5250 und 2475.

Serenbelztrug des Vorlesens Sonntag abends 7 1/2 Uhr bis 9 1/2 Uhr. Gegen Gebühr. Abgang im Grand. Kinder-Ausstellungen in der Radebergstr. 133, Zimmer 65. 5824

Scherer Kauf von Hausschuhen vert. billig. Otto Fahlteich, Amst. 14, pr.

Danfagung. Für die herzlichste Aufnahme beim Begräbnis unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank den Bewohnern von Wilsingstraße, sowie den Kollegen der Filmabteilung Magdeburg-Bureau, sowie Herrn Pastor Rinow für die freigegebenen Worte am Grabe. **Gustav Schweig** nebst Kind.

Danfagung. Für die herzlichste Aufnahme beim Begräbnis unserer lieben Entschlafenen sagen wir hiermit unsern besten Dank. 5813 **Gastliebe** Familie **Ulwin Dumenthal** Handschuhstieperin, die noch einige Or. Handst. wüchent. n. Handschuhstieperin f. kauf. gef. Auch nach außeß. per f. Friede. Adam, Amst. 14.

Das Wurstverbot kommt!! Aeußerst preiswerte **Damen-Konfektion** nur Steinstr. 5, I. **Kopfläuse** samt Brut vernichtet Kosekt Hofapotheke 2977, Breiteweg 158.

Möbel zu ganz besonders billigen Ausnahmepreisen. Folge der Vorrat reich. **Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmern, Küchen** sowie Kleinmöbel für Weihnachtsgerichte, einzelne Möbel u. Sofas billigst. Einige gut erhaltene Bettstellen u. Matrassen sportlich. **W. Schottstedt** Gr. Mühlstr. 2, Möbelfabrik. Gute Gebetsbetten f. 650 u. neuere Gebetsbetten zu verfl. öferts, Goetebtr. 37. 5827

Wohnung in Buckau, Feldstraße, Stube, Kammer, Küche, mit Ambrosius-Hofe zu kaufen. Offert u. B 5805 an diese Zeitung erbet

Lichtspieltheater Kieftig in Magdeburg Tränberg 52. Nandiges, sehr gut gebendes ohne Konturren, dicht bei Magdeburg, reelles Geschäft ist zu verkaufen. Nichtschlechte 525 werden angereicht.

Zahn-Praxis von **F. Ansorge** staatl. exam. Cbir. 5799 **Gr. Wilsingstr. 1, I.** Sprechstunden 9-1, 2-8. Zahnärztl. mittelst. Zahnärztin zuverlässig. sämtliche Zahnarbeiten zu soliden Preisen. Warenstr. 10.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hocherfreut an **Adolf Fisch und Frau** 5821 Kaiserstr. 56b. Sophie geb. Kesten.

Deutscher Landarbeiter-Verband Ortsgruppe Siedben. Am 20. November entschlies infolge eines Unglücksfalls un.: Kollege **Friedrich Steinecke** im Alter von 67 Jahren. Ihre feinen Andenken! **Friede. Adam, Amst. 14.**

